



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2015

Laszlo Szentmarjay

**Die Beziehungen Deutschlands
zu Lateinamerika –
Einheit oder Differenzierung?
Deutsche Außenpolitik und ihre
diplomatische, wirtschaftliche
und entwicklungspolitische
Dimension zu Brasilien und
Peru im Vergleich**

Bachelorarbeit bei
Dr. Lars Colschen
WiSe 2014/15

Inhaltsverzeichnis

1. Ein Kontinent oder viele Länder – Einheitliche oder differenzierte deutsche Außenpolitik gegenüber Lateinamerika?	5
1.1 Ziel der Arbeit, Fragestellung und Annahmen	6
1.2 Begründung der Fallauswahl	7
1.3 Forschungsstand und Ablauf der Arbeit	7
2. Der Begriff der Außenpolitik: Definition, Akteure und Politikfelder	9
2.1 Definition: Was ist Außenpolitik?	9
2.2 Akteure und Rahmenbedingungen: Wer macht deutsche Außenpolitik?	10
2.2.1 Innenpolitische Akteure und Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik: Vorrang des Bundes und der Exekutive	11
2.2.2 Internationale Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik	12
2.2.3 Zwischenfazit: Die Zwei-Ebenen-Logik der Außenpolitik	13
2.3 Politikfelder: In welchen Bereichen wird deutsche Außenpolitik gemacht? ..	14
2.3.1 Außenwirtschaftspolitik und -förderung	14
2.3.2 Entwicklungspolitik	15
3. Deutschland und Lateinamerika	16
3.1 Deutsche Beziehungen zu Lateinamerika und außenpolitisches Interesse	17
3.2 Deutsche Akteure in Lateinamerika	20
4. Die Außenpolitik Deutschlands zu Brasilien und Peru	22
4.1 Länderbeispiel Brasilien	22
4.1.1 Diplomatische Dimension	22
4.1.2 Wirtschaftliche Dimension	27
4.1.3 Entwicklungspolitische Dimension	30
4.2 Länderbeispiel Peru	35
4.2.1 Diplomatische Dimension	35
4.2.2 Wirtschaftliche Dimension	39
4.2.3 Entwicklungspolitische Dimension	41
5. Vergleich der jeweiligen außenpolitischen Schwerpunktsetzung Deutschlands in den Beziehungen mit Brasilien und Peru	46
5.1 Diplomatische Dimension	46
5.2 Wirtschaftliche Dimension	48
5.3 Entwicklungspolitische Dimension	49
6. Fazit: Einheitliche und differenzierte deutsche Außenpolitik gegenüber Lateinamerika!	51
7. Bibliographie	53
Erklärung	64

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AHK	Außenhandelskammer
APEC	engl.: Asia-Pacific Economic Cooperation, dt.: Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft
AV	Auslandsvertretung
BdB	Bundesverband deutscher Banken
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BGA	Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMU	siehe BMUB
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit; vormalig BMU
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CAN	span.: Comunidad Andina de Naciones, dt.: Andengemeinschaft
CSN	span.: Comunidad Sudamericana de Naciones, port.: Comunidade Sul-Americana de Nações, dt.: Südamerikanische Staatengemeinschaft
DED	Deutscher Entwicklungsdienst; siehe GIZ
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH; 2011 aus GTZ, DED und InWEnt hervorgegangen
GLA	Gesprächskreis Lateinamerika

GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH; siehe GIZ
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
ILO	engl.: International Labour Organization, dt.: Internationale Arbeitsorganisation (IAO)
InWent	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH; siehe GIZ
IWF	dt.: Internationaler Währungsfonds, engl.: International Monetary Fund (IMF)
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LAI	Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft
LAV	Lateinamerika Verein e.V.
MERCOSUR/ MERCOSUL	span.: Mercado Común del Sur port.: Mercado Comum do Sul dt.: Gemeinsamer Markt des Südens
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	engl.: Official Development Assistance, dt.: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
OSZE	dt.: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa engl.: Organisation for Security and Co-operation in Europe (OSCE)
PPP	engl.: public-private partnership, dt.: öffentlich-private Partnerschaft
PTB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
TZ	Technische Zusammenarbeit
UNASUR/ UNASUL	span.: Unión de Naciones Suramericanas port.: União das Nações Sul-Americanas dt.: Union Südamerikanischer Nationen
VN	dt.: Organisation der Vereinten Nationen engl.: United Nations Organization (UNO)
WTO	engl.: World Trade Organization dt.: Welthandelsorganisation

1. Ein Kontinent oder viele Länder – Einheitliche oder differenzierte deutsche Außenpolitik gegenüber Lateinamerika?

Lateinamerikas Stellenwert in der deutschen Außenpolitik hat in den vergangenen beiden Dekaden an Stellenwert verloren und droht für viele Beobachter „*in der Vergangenheit zu verschwinden*“ (Maihold/Stiegler 2006: 78). Während Lateinamerika sich zunehmend emanzipiert hat, erlebt Europa erstmals einen relativen Bedeutungsrückgang. Hintergrund sind Veränderungen im regionalen und internationalen Kontext, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben. Während sich die traditionell in Lateinamerika präsenten Akteure, Europa und USA, anderen Weltregionen zugewandt haben, versucht nun vor allem China, das entstandene Vakuum in der Region auszufüllen. Die starke Ausrichtung Lateinamerikas auf die neuen dynamischen Märkte Asiens, neue weltweite strategische Allianzen, der Aufstieg regionaler Führungsmächte mit globalen Ansprüchen und nicht zuletzt das wirtschaftliche Potential der Region, lassen Lateinamerika nun erneut auf die politische Agenda Europas rücken.

Am 04. August 2010 stellte der ehemalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle das neue Konzept der Bundesregierung für Lateinamerika und die Karibik vor.¹ Das letzte und zugleich erste offizielle Strategiepapier für die Region geht auf das Jahr 1995 unter der Regierung von Helmut Kohl zurück. Damit reagierte die schwarz-gelbe Bundesregierung auf den eingangs genannten und zirka zwanzig Jahre andauernden Prozess, in dem Lateinamerika zunehmend von der politischen Agenda der deutschen Außenpolitik durch andere Themenfelder verdrängt worden ist. Das Ende des Ost-West-Konflikts und damit einhergehend die Integration der ehemals zur Sowjetunion gehörigen Länder oder der Internationale Terrorismus fanden nun vermehrt Aufmerksamkeit. Das vorgestellte Konzept spiegelt jedoch eine Illusion wider, nämlich die einer einheitlichen Politik gegenüber einer ganzen Region. Dem Dokument mangelt es an einer thematischen und länderbezogenen beziehungsweise subregionalen Schwerpunktsetzung. Weitgehend dominieren Überlegungen die sich auf Lateinamerika als Ganzes beziehen. Schwerpunktsetzungen nach Ländern oder Regionen finden nicht statt. Eine gewisse Ausnahme bildet lediglich Brasilien, das die meisten Nennungen erfährt. Das übrige Lateinamerika wirkt vor diesem Hintergrund eher wie eine Restkategorie. (Vgl. Zilla 2012: 51)

¹ Siehe hierzu Kapitel 3.1.

1.1 Ziel der Arbeit, Fragestellung und Annahmen

Vorrangiges Ziel der Arbeit soll es daher sein, dass vorherrschende Bild der Einheit der Beziehungen Deutschlands zu den Ländern Lateinamerikas aufzubrechen. Dies wird im Folgenden mithilfe eines Vergleichs zweier Fallbeispiele geschehen, namentlich der *aktuellen*² deutschen Außenpolitik gegenüber der Föderativen Republik Brasilien und der Republik Peru.³ Für die Analyse⁴ sollen die diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Dimension der deutschen Außenpolitik gegenüber den beiden Staaten im Vordergrund stehen. Dies impliziert, dass die jeweiligen Beziehungen vorrangig aus deutscher Sicht betrachtet werden und lediglich in Einzelfällen auf den brasilianischen und peruanischen Blickwinkel eingegangen wird.

Auf der Annahme aufbauend, dass sich die Politik Deutschlands gegenüber den Ländern Brasilien und Peru unterscheiden, sollen in der Arbeit folgende Fragen beantwortet werden:

- *Durch welche thematischen Schwerpunkte zeichnet sich die deutsche Außenpolitik gegenüber den beiden Staaten Brasilien und Peru aus und welche Unterschiede oder Gemeinsamkeiten lassen sich darin erkennen?*
- *Kann in diesem Zusammenhang von einer einheitlichen Außenpolitik Deutschlands gegenüber Lateinamerika gesprochen werden?*

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass sich die Beziehungen unterscheiden müssen, da Brasilien und Peru jeweils andere Stellungen in der Weltpolitik inne haben. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund des brasilianischen Aufstiegs in den letzten knapp zehn Jahren. Die Bearbeitung weltpolitisch relevanter Themen scheint in diesem Kontext mit Brasilien einen höheren Stellenwert einzunehmen als mit Peru. Im Hinblick auf eine einheitliche Politik Deutschlands gegenüber Lateinamerika könnte es daher sein, dass Brasilien auf dem lateinamerikanischen Kontinent eine Sonderrolle in der deutschen Außenpolitik zukommt. Peru würde dagegen eher einem typischen Fall entsprechen, dem andere Länder Lateinamerikas in ähnlicher Weise entsprechen.

2 Historische Bezüge werden lediglich an Stellen hergestellt, an denen dies notwendig erscheint.

3 Im Folgenden einfacher halber Brasilien und Peru genannt.

4 Es geht bei der Analyse lediglich um eine inhaltliche und nicht um eine normative Bewertung.

1.2 Begründung der Fallauswahl

Die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Brasilien und Peru unterscheidet sich – wenn auch nicht vollkommen grundlegend – in einigen Punkten: Brasilien stellt für Deutschland den mit Abstand wichtigsten wirtschaftlichen Partner auf dem Subkontinent dar. Dies lässt sich sowohl an der Präsenz diverser deutscher Unternehmen ablesen, als auch durch das mit Abstand größte Handelsvolumen mit einem Land innerhalb dieser Region (ca. 20 Mrd. Euro im Jahr 2013). Zudem besteht seit dem Jahr 2008 eine strategische Partnerschaft. Mit dieser wurde von Seiten Deutschlands der gestiegenen weltpolitischen Rolle Brasiliens Rechnung getragen. Die gemeinsame Bearbeitung globaler Themen, wie der internationalen Klimainitiative oder die Reform der Vereinten Nationen, rückten damit mehr und mehr in den Mittelpunkt.

Peru dagegen ist ein Schwerpunktland deutscher Entwicklungszusammenarbeit, mit dem in diesem Themenfeld auch die intensivsten Kontakte auf dem lateinamerikanischen Kontinent bestehen. Seit Beginn der bilateralen Zusammenarbeit hat das Land rund zwei Milliarden Euro Gesamtleistungen im Rahmen der EZ erhalten. Das am 14. Juli 2014 geschlossene Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich zeigt zudem die große Bedeutung Perus als einer der rohstoffreichsten Länder der Erde und ist damit auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen.

1.3 Forschungsstand und Ablauf der Arbeit

Zu Brasilien ist insbesondere in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren eine große Menge an akademischer Literatur entstanden, was vor allem auf den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes und seines damit gewachsenen politischen Gewichts in der Internationalen Politik zurückzuführen ist. Auf das Thema der Bachelorarbeit ließen sich insbesondere zwei Themenfelder extrahieren: Zum Ersten handelt es sich um Literatur, welche sich explizit mit den deutsch-brasilianischen Beziehungen auseinandersetzt. Hier kann auf eine große Bandbreite und Variation an Veröffentlichungen zurückgegriffen werden. Einschlägige wissenschaftliche Literatur zu dem Thema liegt sowohl in Monographie- und Sammelbandform vor, als auch durch Themenhefte, beispielsweise der Bundeszentralen für politische Bildung oder wissenschaftlicher Journale. Gleiches gilt für den zweiten Themenbereich, die neue und gewichtigere Rolle Brasiliens in der internationalen Politik. Der Fokus dieser Auseinandersetzungen richtet sich insbesondere auf drei Bereiche: Brasiliens

Stellung innerhalb der BRICS-Staaten⁵, seine Wichtigkeit als Ankerland innerhalb Südamerikas als auch seine durch Selbstbeschreibung auserkorene Rolle als Sprecher und Vorreiter der Länder des Globalen Südens. Während aus ersterem Bereich Informationen für die Darstellung der derzeitigen Beziehungen Deutschlands zu Brasilien herausgezogen werden sollen, sollen mithilfe des zweiten Bereichs Erklärungen für die Gestaltung dieser Beziehungen gefunden werden.

Zu Peru stellt sich die Lage weitaus schwieriger dar. Hier besteht, soweit dies bis zum Abschluss der Arbeit beurteilt werden konnte, keine wissenschaftliche Grundlagenliteratur über die deutsch-peruanischen Beziehungen. Auch konnten nach direkter Nachfrage bei Ministerien und Wissenschaftlern nur vereinzelt weitere relevante Informationen eingeholt werden. Als Grundlage dienen daher lediglich zwei spanischsprachige Veröffentlichungen von Fabián Novak Talavera, Professor für Internationales Wirtschaftsrecht an der *Pontificia Universidad Católica del Perú* (Päpstliche Katholische Universität von Peru) in Lima. Diese stellen jedoch mehr eine Aneinanderreihung von Vertragsabschlüssen, als eine systematische Analyse der Beziehungen dar. Eine gewisse Asymmetrie innerhalb der wissenschaftlichen Literatur zugunsten Brasiliens kann daher nicht geleugnet werden. Nichtsdestotrotz soll mit Hilfe von Informationen der beteiligten Bundesministerien, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und weiteren dieses Defizit ausgeglichen werden.

Die Arbeit ist folgendermaßen aufgebaut: In Kapitel zwei wird auf den Begriff der Außenpolitik⁶ eingegangen. Zum einen soll hier eine Definition des Begriffs gegeben werden, zum anderen werden Akteure und Rahmenbedingungen aufgezeigt, die Außenpolitik beeinflussen. Zusätzlich sollen zwei für die Arbeit relevanten Politikfelder, die Außenwirtschaftspolitik/-förderung und die Entwicklungspolitik, betrachtet werden. Kapitel drei soll einen allgemeinen Überblick der Stellung Lateinamerikas in der außenpolitischen Agenda Deutschlands geben und auf deutsche Akteure in Lateinamerika eingehen. Das vierte Kapitel stellt den Kern der Arbeit dar. Hier werden die thematischen Schwerpunkte der

5 Die BRICS-Staaten sind eine Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften. Die Abkürzung BRICS steht für die Anfangsbuchstaben der fünf Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

6 In der Arbeit wird anstatt des Begriffs Außenpolitik häufig auch der Begriff Beziehungen synonym verwendet werden, obwohl dieser Begriff weiter gefasst ist und auch die Interessen der Gegenseite, d.h. das wechselseitige Verhältnis der beteiligten Partner, mit einbezieht. Dies ist deshalb notwendig, da Außenpolitik in der heutigen Zeit nicht mehr nur von einer Seite diktiert werden kann, sondern im wechselseitigem Dialog und durch vielfältige Rahmenbedingungen gestaltet wird. Dennoch soll eine Erklärung des Begriffs Außenpolitik erfolgen, da grenzüberschreitende Beziehungen vorwiegend im Rahmen der Außenpolitik zum Ausdruck kommen.

diplomatischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Dimensionen der Beziehungen zu Brasilien und Peru vorgestellt. Im darauffolgenden fünften Kapitel wird ein direkter Vergleich der vorgestellten Schwerpunkte erfolgen. Ziel ist es hierbei Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Schwerpunktsetzungen herauszufiltern und gegebenenfalls zu erklären. Im Schlusskapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung nochmals zusammengefasst, um auf die eingangs gestellte Frage einzugehen, ob es tatsächlich eine kohärente Politik gegenüber einem gesamten Kontinent geben kann.

2. Der Begriff der Außenpolitik: Definition, Akteure und Politikfelder

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, stehen in diesem Kapitel die Definition (Kap. 2.1), Akteure und Rahmenbedingungen (Kap. 2.2) sowie zwei für die Arbeit relevanten Außenpolitikfelder (Kap. 2.3) im Vordergrund. Da dieses Kapitel als allgemeine Einführung zum Begriff der Außenpolitik konzipiert ist, wird auf Verweise bezüglich der Außenpolitik Deutschlands gegenüber Lateinamerika noch verzichtet. Eine Selektion erfolgt lediglich dadurch, dass nur auf für die Arbeit relevant angesehene Akteure und Politikfelder eingegangen wird.

2.1 Definition: Was ist Außenpolitik?

Im alltäglichen Verständnis werden in erster Linie routinierte Handlungen herausgehobener PolitikerInnen gegenüber anderen Staaten und/oder deren RepräsentantInnen unter den Begriff der Außenpolitik verstanden. In wissenschaftlichen Vorschlägen zur Klärung des Begriffs überwiegen dagegen abstraktere Kategorien: Im Mittelpunkt steht zumeist eine *Gruppe von Akteuren*⁷ und deren auf der *Verfolgung ihrer Interessen* basierenden *grenzüberschreitenden Handlungen* gegenüber ihrem *Umfeld*, das sich aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zusammensetzt. (Hellmann/Wagner/Baumann 2014: 14)

⁷ Zumeist handelt es sich dabei um Staaten, die durch ihre territorialen Hoheitsgrenzen identifizierbar sind. Grundlegend dafür ist das Prinzip des europäischen, rational-bürokratischen, westfälischen Staates, das dem Westfälischen Frieden von 1648 entspringt und für das Entstehen des frühneuzeitlichen Staatensystems in Europa entscheidend war. (Vgl. Wilhelm 2006: 79)

Darüber hinaus wird Außenpolitik in der wissenschaftlichen Debatte gegenüber den Begriffen *Internationale Politik/Internationale Beziehungen*, *transnationale Politik* und *Innenpolitik* abgegrenzt:⁸

- Außenpolitik und Internationale Politik/Internationale Beziehungen: Bei *Außenpolitik* stehen grenzüberschreitende Handlungen einzelner Staaten im Mittelpunkt. Die Blickrichtung erfolgt von innen nach außen. Die *Internationale Politik* nimmt demgegenüber eine Vogelperspektive ein, das heißt Beziehungsmuster zwischen den grenzüberschreitend handelnden Staaten stehen im Vordergrund. *Außenpolitik* ist demnach ein Teil der Internationalen Politik, welche wiederum ein Teil der *Internationalen Beziehungen* ist. Letztere umfassen nicht nur die Beziehungen zwischen Staaten, sondern erfassen auch Beziehungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren.
- Außenpolitik und transnationale Politik: Während der Begriff der *Außenpolitik* lediglich grenzüberschreitende Handlungen staatlicher Akteure einbezieht, nimmt der Begriff der *transnationalen Beziehungen* Beziehungen in den Blick, bei denen mindestens ein gesellschaftlicher Akteur, z.B. Wirtschaftsunternehmen, beteiligt ist. Die Prämisse liegt bei dem Begriff darin, dass auch gesellschaftliche Akteure in der Lage sind, die Außenpolitik von Staaten zu beeinflussen.
- Außenpolitik und Innenpolitik: Hauptgrund für die Unterscheidung der beiden Begriffe ist die Annahme, dass beide Bereiche unterschiedlichen Regeln folgen. *Innenpolitik* erfolgt im Rahmen einer zumeist legitimierte und hierarchisch organisierte Herrschaftsform. *Außenpolitik* zielt dagegen auf das internationale Umfeld, das dezentral und anarchisch ist, ohne eine übergeordnete zentrale Regelungs- und Lenkungsinstanz.

2.2 Akteure und Rahmenbedingungen: Wer macht deutsche Außenpolitik?

Nach Kenneth Waltz (1959) lassen sich mögliche Einflussfaktoren auf Außenpolitik drei Kategorien (sog. *images*) zuordnen. Das *first image* betrachtet Eigenschaften und Eigenheiten einzelner Entscheidungsträger, die auf außenpolitische Entscheidungen Einfluss haben. Unter *second image* werden innerstaatliche Einflussfaktoren und -prozesse verstanden. Das *third image* sind schließlich systematische Zwänge, die auf die Struktur des internationalen Systems zurückzuführen sind. Auf das *second*⁹ (Kap. 2.2.1) und *third image* (Kap. 2.2.2) soll im nächsten Kapitel näher eingegangen werden.

⁸ Für das Folgende: von Bredow 2006: 41; Wilhelm 2006: 8.

⁹ In Kapitel 2.2.1 soll aufgrund ihrer hervorgehobenen Stellung die Exekutive der BRD im Vordergrund stehen. Der Vollständigkeit halber sollen andere relevante Akteure jedoch genannt werden: Innerhalb der Legislative sind der Bundestag sowie der Bundesrat und die Bundesländer zu nennen. (siehe hierzu Colschen 2010: 73ff.; Oppermann/Höse 2011: 55ff.; Hellmann/Wagner/Baumann 2014: 54ff.) Das Bundesverfassungsgericht hat seine Kompetenzen ebenfalls bereits viele Male unter Beweis gestellt. (siehe hierzu Colschen 2010: 81f.) Als nichtstaatliche Akteure beziehungsweise Akteure des gesellschaftlichen Umfeld sind die Öffentliche Meinung und Medien zu benennen (siehe hierzu Oppermann/Höse 2011: 61ff.), externe Politikberatungen (siehe hierzu Colschen 2010: 93ff.), politische Stiftungen (siehe hierzu Bartsch 2007), Wirtschaftsverbände (siehe hierzu Bühner 2007) oder Nichtregierungsorganisationen und Kirchen (siehe hierzu Erdmann 2007).

2.2.1 Innenpolitische Akteure und Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik: Vorrang des Bundes und der Exekutive

Gemäß dem Grundgesetz ist die Formulierung und Implementierung von Außenpolitik in Deutschland Sache des Bundes: „*Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes*“ (Art. 32 Abs. 1 GG). In Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung hat der Bund die „*ausschließliche Gesetzgebung*“ (Art. 73 Abs. 1, Satz 1 GG). Die Länder sind nur dann zuständig, wenn sie dazu zuvor in „*einem Bundesgesetz ausdrücklich ermächtigt werden*“ (Art. 71 GG). Sind die Länder für die Gesetzgebung zuständig, „*können sie mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen*“ (Art. 33 Abs. 3 GG). Zudem haben die Länder in bestimmten Fällen Anhörungsrechte (Art. 32 Abs. 2 GG). Die allgemeine Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder stellt sich hinsichtlich der auswärtigen Beziehung genau andersherum dar, das heißt hier gilt der Grundsatz der Bundeskompetenz.

Innerhalb des Bundes ist der Vorrang der Bundesregierung bedeutend. Die anderen Verfassungsorgane des Bundes, wie Bundestag, Bundesrat oder Bundespräsident, haben zwar bedeutende Mitwirkungsrechte, das Recht zur Initiative in der Außenpolitik liegt aber weitestgehend bei der Bundesregierung: So stellte das Bundesverfassungsgericht im Zuge eines Urteils zur Atomwaffenstationierung in Deutschland 1984 fest, dass die Außenpolitik dem „*Kompetenzbereich der Exekutive*“ (BVerfGE 1984) zugeordnet ist. Innerhalb der Bundesregierung kann sich der/die amtierende BundeskanzlerIn auf das *Kanzlerprinzip*, die Richtlinienkompetenz, stützen (Art. 65, Satz 1 GG). Diese Kompetenz findet ihre Grenzen jedoch im *Ressort-* und dem *Kollegialprinzip* (Art. 65, Satz 2, 3 GG). Jede/r BundesministerIn leitet ihr/sein Ministerium selbstständig. Sie/Er füllt die vorgegebenen politischen Richtlinien inhaltlich aus und entscheidet beispielsweise über die Organisation ihres/seines Ministeriums. Dem Kabinett, bestehend aus BundeskanzlerIn und BundesministerInnen, müssen alle Angelegenheiten von allgemeiner innen- und außenpolitischer Bedeutung zur Beratung und endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden, was eine weitere Einschränkung der Richtlinienkompetenz darstellt. (Vgl. Oppermann/Höse 2011: 50) Mittlerweile wird auch das *Koalitionsprinzip* zu den Handelsrestriktionen gezählt, insbesondere deswegen, da das Außenministerium seit 1966 durchweg unter der Führung des mehrheitsbeschaffenden Koalitionspartners steht. (Vgl. Colschen 2010: 60) Überdies steht die deutsche Außenpolitik unter dem Primat der *Verfassungssouveränität*, was Deutschland von der *Parlamentssouveränität* Großbritanniens oder der *Volkssouveränität* der Schweiz abgrenzt.

(Vgl. Abromeit 1995) All diese Punkte stellen Kontroll- und Ausgleichsmechanismen des Grundgesetzes für die Exekutive dar.

Innerhalb der Bundesregierung fällt dem AA die Führung und Koordination der Außenpolitik zu.¹⁰ (Vgl. Oppermann/Höse 2011: 53) Neue Studien zeigen jedoch, dass mittlerweile jedes Ministerium in bestimmten Umfängen außenpolitische Aufgaben wahrnimmt. So sind über 300 der insgesamt zirka 1.200 Referate aller Bundesministerien (ohne BMVg) mit internationalen Aufgaben beschäftigt. (Weller 2007: 211) Der Begriff dieser *ministeriellen Nebenaußenpolitik* trifft in besonderem Maße auf das BMZ zu. Im Gegensatz zum AA verfügt das BMZ über eigene operative Mittel und wird über verschiedene Durchführungsorganisationen, z.B. der GIZ, KfW u.a., direkt in anderen Ländern aktiv. Zudem unterhält es aufgrund seines Aufgabenbereichs Kontakte zu anderen Staaten und Regierungen sowie einer Vielzahl an internationalen Organisationen. (Vgl. Ebd. 2007: 218)

2.2.2 Internationale Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik

Sobald grenzüberschreitend handelnde innerstaatliche Akteure ihre zuvor in der innerstaatlichen Arena ausgehandelten Interessen im internationalen Umfeld durchzusetzen versuchen, findet ihr Anspruch seine Grenze in der Macht grenzüberschreitend handelnder innerstaatlicher Akteure anderer Staaten. Macht kann militärisch, ökonomisch, politisch oder kulturell ausgeübt werden und in den Kategorien *hard power* und *soft power* zusammengefasst werden. (Vgl. Nye 2004) Daraus folgend lassen sich drei Reichweiten für außenpolitisches Handeln differenzieren¹¹:

- Output: Die außenpolitische Handlung an sich, also Aktionen innerstaatlicher Akteure in das internationale System hinein.
- Outcome: Folgen, die aus den gleichzeitigen, sich verstärkenden oder widerstreitenden Handlungen innerstaatlicher Akteure diverser Staaten in einer spezifischen außenpolitischen Frage entstehen.
- Impact: Folgen, die aus diesen Handlungen für die Struktur des internationalen Systems entstehen.

Außenpolitik kommt in dieser Logik also eine doppelte Aufgabe zu: Erstens sollen konkrete Interessen verwirklicht werden und zweitens soll die internationale Ordnung so gestaltet werden, dass einer gegenwärtigen und zukünftigen Interessendurchsetzung möglichst wenige Restriktionen entgegenstehen. (Vgl. Jäger/Beckmann 2011: 21)

¹⁰ Für einen historischen Abriss des Auswärtigen Dienst und seiner Organisation siehe Bettzuege 2007.

¹¹ Für das Folgende: Jäger/Beckmann 2011: 20.

Aus Sicht der realistischen Machtperspektive liegt ein Grundproblem der Ausgestaltung einer internationalen Ordnung jedoch in seiner Tiefenstruktur, der Anarchie. Darunter wird verstanden, dass keine autoritative Instanz über den Staaten, als wichtigste Akteure des internationalen Systems, existiert. (Vgl. Bull 1977) Staaten sind somit selbst dafür verantwortlich für ihren Schutz und ihre Wohlfahrt zu sorgen. Zu diesem Zweck geschaffene Organisationen bleiben ein Spiegel der realen Machtverhältnisse, solange diese nicht vollkommen autark von staatlichem Handeln agieren. Aufgestellte Normen und Regeln bleiben somit stets prekär, da sie jederzeit – zumindest theoretisch – von jedem der darin integrierten Akteure missachtet werden können. (Vgl. Jäger/Beckmann 2011: 34ff.)

2.2.3 Zwischenfazit: Die Zwei-Ebenen-Logik der Außenpolitik

In Deutschland liegt die Kompetenz zur Gestaltung der Außenpolitik primär in der Hand der Exekutive. Dabei ist sie in eine Reihe innenpolitischer Konstellationen und internationaler Interdependenzen eingebettet. Auf innerstaatlicher Ebene gilt es für die Bundesregierung politische Unterstützung innerhalb der anderen außenpolitisch handelnden Akteure zu gewinnen. Eine weitere Begrenzung ihres außenpolitischen Handlungsspielraums erfährt sie auf internationaler Ebene durch die Interessen und die Macht ihrer gouvernementalen Interaktionspartner. Putnam (1988) bezeichnet diese Konstellation als Zwei-Ebenen-Spiel.¹² Beides schränkt ihren Handlungsspielraum insofern ein, dass sie, ohnehin schon kein homogener Akteur an sich, außenpolitische Maßnahmen innenpolitisch gegenüber einer Vielzahl an Vetospielern formalrechtlich implementieren muss. Des Weiteren muss sie außen- wie auch innenpolitische Entscheidungen stets unter dem Vorbehalt treffen, dass diese mit ihrem vorrangigen Ziel, dem innerstaatlichen Machterhalt, nicht in Widerstreit geraten. (Vgl. Moravcsik 1993: 15ff.) Die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik führt nach Luhmann deswegen irre, „weil Außenpolitik immer auch Innenpolitik ist und innenpolitische Aktivitäten der Staaten zunehmend auch weltpolitisch beobachtet, kritisiert und gegebenenfalls korrigiert werden.“ (Luhmann 2000: 244f.).

12 Weitere Erläuterungen dazu bei Oppermann/Höse 2011: 44ff.

2.3 Politikfelder: In welchen Bereichen wird deutsche Außenpolitik gemacht?

Da im vierten Kapitel neben der diplomatischen auch die wirtschaftliche und entwicklungspolitische Dimension im Hinblick auf Brasilien und Peru analysiert wird, soll an dieser Stelle jeweils eine Einführung in die beiden Politikfelder gegeben werden, um ihre Relevanz für die Außenpolitik Deutschlands zu erläutern.

2.3.1 Außenwirtschaftspolitik und -förderung

Die deutsche Außenwirtschaftspolitik zeichnet sich seit ihrer Gründung durch ihren weitgehend liberalen Charakter aus. Für den deutschen Wiederaufbau spielte das amerikanische Vorbild eine große Rolle, wenn auch mit der deutschen Eigenheit, der sozialen Marktwirtschaft, kein einfacher Kopiervorgang stattfand. Seit ihrer Gründung schwankte die Außenwirtschaftspolitik hin und her zwischen verschiedenen Graden an Atlantizismus und europäischer respektive regionaler Integration. (Vgl. Rode 2007: 618) Bei der darin integrierten Außenwirtschaftsförderung handelt es sich um die staatliche Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten von innerstaatlichen Akteuren im Ausland. Das Ziel ist es beispielsweise heimischen Unternehmen den Zugang zu ausländischen Märkten zu erleichtern und damit den eigenen Wohlstand zu steigern. (Vgl. Schultes 2011: 349) Wirtschaftliche Akteure nehmen in diesem Sinne eine unterstützende Funktion für die Politik wahr.

Die Instrumente sind ebenso vielfältig, wie die handelnden Akteure, die zwischen staatlichen und Wirtschaftsverbänden zu unterscheiden sind. Wichtigster staatlicher Akteur ist das BMWi, dem die Koordination der unterschiedlichen Aktivitäten und Programme sowie die politische Steuerung obliegen. Dem AA und mit ihm seine AVen fällt die Aufgabe zu, deutsche Unternehmen im Ausland politisch zu unterstützen.¹³ Bei den Wirtschaftsverbänden sind insbesondere die AHKs zu nennen, welche als das „zentrale Element der Außenwirtschaftsförderung“ (Deutscher Bundestag 1998: 7) angesehen werden. Zu ihren konkreten Aufgaben gehören die Markt- und Investitionsberatung, die Vermittlung und Organisation von geschäftlichen Kontakten, die Bereitstellung von Wirtschaftsinformationen sowie die Berufs- und Weiterbildung. (Schultes 2011: 362) Bei den Instrumenten sind insbesondere die Auslandsmesseförderung, Exportfinanzierung, durch die sog. Hermesbürgschaften oder das Standortmarketing zu nennen. (Ebd. 2011: 354ff.)

¹³ Hierzu zählen beispielsweise die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen oder der Bereitstellung von Informationen über die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Gastland. (Vgl. Schultes 2011: 357ff.)

2.3.2 Entwicklungspolitik

Seit 1998 wird Entwicklungspolitik in der deutschen Politik als „*globale Strukturpolitik* [verstanden], *deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in Entwicklungsländern zu verbessern.*“ (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 1998: 48). Diese Perspektive geht über die klassische Perspektive auf Entwicklungspolitik, die Armutsbekämpfung, hinaus und sieht die Kooperation mit den Ländern des Globalen Südens „*als Beitrag zur (Mit-)Gestaltung der Globalisierung sowie zur internationalen Friedenssicherung.*“ (Messner 2011: 414). Die Legitimationsgründe für Entwicklungspolitik sind dabei sehr vielfältig (für folgendes siehe Ebd.: 437f.):

- Industrieländer hegen ein außenwirtschaftliches Interesse an prosperierenden Ökonomien und kaufkräftigen Konsumenten. Investitionen der Entwicklungspolitik in die Modernisierung der Ökonomien der Länder des globalen Südens liegen daher im ökonomischen Eigeninteresse der Industrieländer.
- Zentrale aktuelle Weltprobleme sollten bestenfalls durch die Einbindung aller Staaten bearbeitet werden. Zudem ist die Einbindung der Länder des Globalen Südens aus Effektivitäts- und Legitimationsgründen zu betrachten, um globale Regelwerke weiterzubearbeiten.
- Entwicklungspolitik bleibt ein Instrument wertorientierter Außenpolitik, die auf Solidarität, Menschenrechten und gegenseitiger Hilfe basiert und damit einen Wert an sich darstellt.

Als sogenanntes „*multifunktionales Subsystem*“ (Nuscheler 2007: 674) ist Entwicklungspolitik jedoch untrennbar in außen- und sicherheitspolitische sowie außenwirtschaftliche Themenfelder eingebunden, deren normatives Zielsystem sich am Begriff des *Entwicklungsinteresses*, also der Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ländern des Globalen Südens, orientiert. Hieraus resultiert die Gefahr, dass Entwicklungspolitik je nach Interessenlage eingesetzt wird und weltpolitische Veränderungen sowie wirtschaftliche Konjunkturzyklen einen entscheidenden Einfluss auf sie nehmen. (Vgl. Ebd.)

Als klassisches Ministerium der Entwicklungspolitik gilt das BMZ. 1961 gegründet, wurden ihm 1964 die Zuständigkeit für Grundsätze und Programme der TZ übertragen. 1972 folgte die Verantwortung für bi- und multilaterale Finanzhilfen (FZ). (Vgl. Weller 2007: 218) Da das BMZ über keinen eigenen behördlichen Unterbau verfügt, bedient es sich bei der Vorbereitung und Durchführung seiner Projekte halbstaatlicher Verwaltungseinheiten als auch freier Träger. Die KfW ist beispielsweise für die Abwicklung der Zahlungen im Rahmen der FZ verantwortlich. Die Durchführung der TZ geschieht vorwiegend durch die ehemalige GTZ

(Vgl. Nuscheler 2007: 678), die heutige GIZ. Charakteristisch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist jedoch eine Zersplitterung der Zuständigkeiten. Entwicklungspolitik umfasst mehr als den Bereich, der klassischerweise in das Aufgabenfeld des BMZ fällt. Dieses besitzt in manchen entwicklungspolitisch relevanten Bereichen keine Zuständigkeiten. Für die internationale Handels- und Rohstoffpolitik ist das BMWi zuständig, für die globale Umweltpolitik das BMUB et cetera. Auch aufgrund dessen, musste es sich seit seiner Gründung immer wieder der Frage nach seiner Existenzberechtigung stellen lassen. (Vgl. Ebd.: 672f.)

3. Deutschland und Lateinamerika

Lateinamerika war nie ein prioritäres Feld deutscher Außenpolitik, da die Region weder unter geopolitischen noch unter strategischen oder sicherheitspolitischen Aspekten für Deutschland eine herausragende Bedeutung innehatte. (Vgl. Karthaus 1994: 51) Ein Blick auf die transnationale Ebene zeigt jedoch eine große Bandbreite enger, historisch gewachsener Beziehungen. Dies betrifft die Entwicklungszusammenarbeit, den kulturellen Austausch, die Beziehungen zwischen Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Universitäten oder Forschungseinrichtungen. Die Beziehungen sind zwar weniger intensiv als zu den europäischen Nachbarn oder den USA, jedoch komplexer und teilweise ausgeprägter als zu den meisten Ländern in Afrika oder Asien. (Vgl. Ebd.: 54) Ein verbindendes Element stellen dabei mehrere Auswanderungswellen seit Mitte des 19. Jahrhunderts dar, die zur Entwicklung eines positiven Deutschlandbildes beigetragen haben. Noch heute leben zirka 5 Millionen Menschen deutscher Abstammung in der Region. (Mols 2007: 549)

Anzumerken ist jedoch, dass trotz der Fülle an Beziehungen auf der Ebene der deutschen Außenpolitik nie ein gleichermaßen starkes Pendant entwickelt wurde. Mols konstatierte daher – wie bereits eine Vielzahl anderer Autoren vor ihm – einen „*fundamentalen Grundwiderspruch in den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Lateinamerika: Der Dichte der historisch-kulturellen Bindungen, der von maßgeblichen Persönlichkeiten hüben und drüben geteilten Einsicht, daß [sic!] Lateinamerika bei allen Aktivitäten auf den Foren der Dritten Welt seine okzidentalen Bindungen weder leugnen kann noch will, dem außerordentlich starken Lateinamerika-Engagement vieler gesellschaftlicher Gruppen und schließlich auch der traditionellen Lateinamerika-Orientierung eines Teiles der deutschen*

Wirtschaft entspricht nicht eine auf gleichem Niveau artikulierte Lateinamerika-Politik der deutschen Bundesregierung“ (Ders. 1988: 322f.).

Im Folgenden sollen die genannten Dimensionen und Akteure kurz vorgestellt werden, um ein allgemeines Verständnis für die Stellung Lateinamerikas in Deutschland zu geben.

3.1 Deutsche Beziehungen zu Lateinamerika und außenpolitisches Interesse

Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Deutschland gelten traditionell als ausgezeichnet, was durch zwei Faktoren bedingt wird: Zum einen hatte Deutschland keine manifesten kolonialen Interessen in der Region und zweitens vermittelten die deutschen Auswanderer seit Mitte des 19. Jahrhunderts beziehungsweise ihre Nachfahren ein positives Deutschlandbild. (Vgl. Werz 2013: 333) Großen Anteil daran hatten auch Naturwissenschaftler, wie Alexander von Humboldt (1769-1859), Künstler, Romanisten oder Diplomaten, die allesamt einen grundlegenden Beitrag zum Prozess der lateinamerikanischen Identitäts- und Staatenbildung leisteten. (Vgl. Haid/Ludwig/Rieck/Zarandi 2005: 25)

Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen gründen auf einem soliden Fundament und bestehen teilweise seit über 100 Jahren. Großunternehmen wie Daimler, Volkswagen, Siemens, Dresdner Bank u.a. gehören mit ihren Tochterunternehmen in einigen Ländern zu den größten Unternehmen überhaupt. (Vgl. Rösler 2004: 251) Das brasilianische São Paulo ist mit mehr als 800 ansässigen deutschen Unternehmen noch immer der größte deutsche Industriestandort außerhalb Deutschlands. (Kasper 2009: 220) Seine ehemals führende europäische Position im wirtschaftlichen Bereich hat Deutschland jedoch mittlerweile an Spanien abgegeben. Bezogen auf Finanzierung und Investition ist Deutschland teilweise sogar hinter Großbritannien und die Niederlande zurückgefallen. (Vgl. Mols 2007: 551) Auch im Bereich der Gesamtexporte ist die Bedeutung Lateinamerikas deutlich zurückgegangen. Lag der Anteil Lateinamerikas an den deutschen Exporten in den 1950er Jahren noch bei rund 12 % und in den 1960er Jahren noch bei 6 bis 7 %, erreichte er am Vorabend der Wiedervereinigung nur noch 1,8 %. (Ebd.) Im Jahr 2013 lag dieses Niveau bei 2,15 % (Gesamthandelsvolumen: 2,08 %). (DIHK 2014) Diese Veränderung ist insbesondere dadurch erklärbar, dass Deutschland mit der mittelost- und osteuropäischen Entwicklung und durch die deutsche Wiedervereinigung wirtschaftliche Engagements eingegangen ist, die die frühere Bedeutung Lateinamerikas zwangsläufig relativieren musste.

Die Bedingungen für Kooperationsbeziehungen sind dabei grundsätzlich sehr günstig. Nicht zuletzt als Folge des Kolonialismus sprechen die meisten Bewohner der Region europäische Sprachen, das Erziehungssystem basiert weitgehend auf europäischen Bildungssystemen und auch die Rechtsnormen resultieren aus europäischen Vorbildern. Lateinamerika und Europa bilden eine enge Wertegemeinschaft, was in einer Vielzahl politischer¹⁴ oder wirtschaftlicher¹⁵ Grundsatzfragen zu Übereinstimmungen führt. (Vgl. Bodemer 2012: 15) Angemerkt werden muss jedoch, dass sich das alte System der Elitenzusammensetzung, vorwiegend aus den Nachfahren europäischer Einwanderer, durch vielfältige Emanzipationsbestrebungen in einigen Ländern in einem Erosionsprozess befindet. Damit ist die selbstverständliche Zuordnung Lateinamerikas zum Westen prekär geworden.¹⁶ (Vgl. Wolff 2008: 3f.)

Die deutsche Politik hatte trotz dieser Gemeinsamkeiten lange kein klares Konzept ihrer Lateinamerikapolitik.¹⁷ Erst 1993 verfasste man die *Thesen zur Lateinamerikapolitik* im Zuge der Botschafterkonferenz in Buenos Aires. (Vgl. AA 1993). Diese wurden zur Grundlage des seit 1995 geltenden Basis-Dokument der EU-Beziehungen zu Lateinamerika. Im gleichen Jahr wurde das erste richtige Lateinamerikakonzept der Bundesregierung vorgestellt. (Vgl. Kasper 2009: 222) 2010 verabschiedete der ehemalige deutsche Bundesaußenminister Guido Westerwelle ein weiteres *Lateinamerikakonzept der Bundesregierung*. (AA 2010) Deutlich wird darin die gewichtigere weltpolitische Position Lateinamerikas und dem wachsenden Interesse anderer Mächte, wie China, Russland oder Indien, welche die Region „wichtiger und umworbener als zuvor“ (Ebd.: 6) macht. Dieser gewichtigeren Rolle schreibt das Auswärtige Amt jedoch zugleich auch „die Pflicht zu mehr gemeinsamer Verantwortung“ (Ebd.: 7) zu. Die eigene Selbstverpflichtung sich mit den Partnerländern in Lateinamerika enger abzustimmen und gemeinsame Initiativen zu entwickeln, als auch der Hinweis auf die Verantwortungspflicht ebenjener Länder stellen den Kern des Lateinamerikakonzepts dar.

14 Demokratie, Rechtsstaat oder Menschenrechte.

15 Nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung oder sozial verantwortliche Marktwirtschaft.

16 Ein gutes Beispiel dafür ist sicherlich Bolivien, das mit Evo Morales seit 2006 den ersten indigenenstämmigen Präsidenten des Landes hat und somit einem Vertreter einer Bevölkerungsgruppe, die über Generationen von politischer Teilhabe ausgeschlossen war. (Vgl. Hartmann 2009: 169)

17 Für einen historischen Überblick über Lateinamerika als Bezugsfeld (bundes-)deutscher Außenpolitik bis in die 1990er Jahre hinein, sei auf den Aufsatz von Karthaus (1994) hingewiesen.

Die Liste der Kritikpunkte ist jedoch lang. So weist Maihold beispielsweise darauf hin, dass es trotz der fünfzehn Jahre, die zwischen den beiden Konzepten liegen, zu wenigen inhaltlichen Veränderungen kam. Er deutet dies als einen Mangel an Innovationsfähigkeit und eine Bezogenheit auf die eigenen Interessen. Dies zeige sich darin, dass eine Reflexion über das eigene Selbstverständnis des Subkontinents und dessen Ansprüche an die deutsche Politik ausbleibt. (Vgl. Maihold 2010: 8) Zudem überwiegen Überlegungen, die sich auf Lateinamerika als Ganzes beziehen. Dies ist deshalb problematisch, da sich Lateinamerika selbst nicht (mehr) als einheitliches Gebilde betrachtet: *„América Latina no existe. No existe como una realidad sociopolítica completa. Ni tampoco existe como el sueño bolivariano de una América hispana por completo unida. Quizá lo que no existe son estas imágenes construidas de América Latina que habían estado vigentes hasta hace muy poco tiempo. Lo que existe ahora es una América Latina distinta, fragmentada, que se conoce muy poco a sí misma, que es prácticamente incapaz de mantener flujos constantes de información de un país a otro, aunque a veces sean incluso vecinos.“*¹⁸ (Volpi 2009). Regionale Schwerpunktsetzungen finden nicht statt, abgesehen davon, dass Brasilien die meisten Nennungen erfährt, Zentralamerika und die Karibik jedoch fast keine. Zilla weist zudem darauf hin, dass es weder ein konkretes Ziel noch einen konkreten Zeithorizont zur Erreichung bestimmter Vorhaben enthält und Lateinamerika vorwiegend auf eine passive Bezugsgröße reduziert wird, *„der es an Wirksamkeit zu fehlen scheint.“* (Zilla 2012: 53). Aus liberaler Sicht wäre demnach zu argumentieren, dass Lateinamerika immer dann interessant wird, wenn es im Hinblick auf die deutschen Interessen ein wichtiger Ansprechpartner ist.

All dies stellt grundsätzlich die Sinnhaftigkeit derartiger Regionalkonzepte in Frage, die sich auf Kontinente als Ganzes beziehen. Bereits unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders bestand durchaus das Interesse für Lateinamerika anstatt eines umfassenden Konzeptes subregionale Strategiepapiere (Andenraum, Karibik, Zentralamerika u.a.) anzufertigen, was jedoch durch den damaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer abgelehnt wurde. (Vgl. Maihold 2010: 12)

¹⁸ Eigene Übersetzung: Lateinamerika existiert nicht. Es existiert nicht als vollständige soziopolitische Realität. Es existiert auch nicht als bolivarianischer Traum eines hispanischen Amerika, das vollständig geeint ist. Wahrscheinlich gibt es all jene zu Lateinamerika konstruierten Bilder nicht, die bis vor sehr kurzer Zeit noch gültig waren. Was heute existiert ist ein anderes Lateinamerika, ein fragmentiertes, das sich selbst kaum kennt, das praktisch nicht in der Lage ist, einen konstanten Informationsaustausch von einem zum anderen Land zu organisieren, auch wenn diese sogar Nachbarn sind.

3.2 Deutsche Akteure in Lateinamerika

Trotz der bereits angesprochenen geringen Priorität Lateinamerikas in der deutschen Außenpolitik befasst sich dennoch eine Vielzahl staatlicher Akteure mit der Region. Zuvorderst ist das AA zu nennen, das sich seine Kompetenzen im Hinblick auf Lateinamerika insbesondere mit dem BMWi und BMZ teilen muss. Wichtig für alle aktiven staatlichen Akteure sind die Vorgaben des Lateinamerikakonzeptes der Bundesregierung aus dem Jahr 2010. Die Konkretisierung und inhaltliche Ausgestaltung der darin enthaltenen Vorgaben obliegen jedoch den einzelnen Ministerien im Rahmen ihrer Zuständigkeiten. So hat beispielsweise das BMZ ein eigenes Lateinamerikakonzept für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit entworfen. (BMZ 2011).

Ein nicht unerheblicher Teil der Beziehungen wird zudem durch die parteinahen Stiftungen getragen. Im Hinblick auf Lateinamerika sind insbesondere die FES und KAS zu nennen. Vorrangiges Ziel der Stiftungen in den Partnerländern ist es, demokratische Strukturen zu festigen, die Partizipation der Bevölkerung zu verbessern, sowie zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit und politischen Bildung beizutragen. (Vgl. Werz 2013: 335) Zu ihren Instrumenten zählen unter anderem die Unterstützung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Institutionen und Organisationen, wie Parlamente, Parteien oder Gewerkschaften. Aber auch Projekte, die positive Rückkopplungseffekte auf politische und soziale Rahmenbedingungen haben. Hier sei auf die Finanzierung und Organisation von Schulungen, Konferenzen, Seminaren oder Workshops hingewiesen. (Vgl. Kasper 2009: 224)

Die Stiftungen konstituieren eine Besonderheit der deutschen Außenpolitik, da sie sich im Grenzbereich zwischen Staaten- und Gesellschaftswelt bewegen und als erfolgreiches Instrument ziviler Außenpolitik gelten. Ihre hohe Bedeutung in Lateinamerika zeigte sich beispielsweise während der Zeit der Militärdiktaturen. Im Unterschied zu den deutschen Botschaften konnten die Stiftungen politischer agieren, wenn auch in einzelnen Staaten Stiftungsvertreter vorübergehend das Land verlassen mussten. (Vgl. Werz 2013: 335) Doch auch die politischen Stiftungen sind nicht von der geänderten Schwerpunktsetzung der deutschen Außenpolitik ausgenommen worden. Die Absenkung der den Stiftungen zur Verfügung gestellten Mittel und dem gleichzeitigen Wunsch der Bundesregierungen zu einem verstärkten Engagement in Mittelost- und Osteuropa und Asien lassen eine Breite der Aktivitäten früherer Jahrzehnte nicht mehr zu. (Vgl. Mols 2007: 552)

Wie bereits geschildert sind wirtschaftliche Akteure ebenfalls wichtig in den Beziehungen zu Lateinamerika. Neben vielfältigen wirtschaftlichen Aktivitäten wurden im Laufe der Zeit Gremien ins Leben gerufen, die eine einfachere Koordination der Tätigkeiten und einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ermöglichen sollen. Zu nennen ist hier der LAV, der zugleich Unternehmensnetzwerk und Informationsplattform für die an Lateinamerika interessierte deutsche Wirtschaft ist. Er unterstützt Unternehmen beim Auf- und Ausbau von Geschäftskontakten und fördert die Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen. Zu seinen Mitgliedern zählen zumeist deutsche Unternehmen mit geschäftlichen Aktivitäten in Lateinamerika. (Vgl. LAV 2014) Ein weiterer Akteur ist die LAI, die 1994 gemeinsam von LAV, BDI und DIHK gegründet wurde. Für die Politik ist sie zentrale Ansprechpartnerin für die Umsetzung des Lateinamerikakonzeptes in den lateinamerikanischen Partnerländern. Sie zielt mit ihren Aktivitäten auf die Vertretung lateinamerikabezogener wirtschaftspolitischer Interessen und der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern Lateinamerikas. (Vgl. LAI 2014) Zu diesem Zweck hat die LAI den GLA eingerichtet, dem das AA, BMWi, BMZ, BDI, DIHK, BdB, BGA, LAV sowie die Sprecher der deutschen Auslandshandelskammern in Lateinamerika zählen. (Vgl. Kasper 2009: 226) Zuletzt sind die AHKs zu nennen, die der wichtigste Partner im Ausland der Außenwirtschaftsförderung durch das BMWi sind. In ihrem Kompetenzbereich vertreten sie – in Zusammenarbeit mit den deutschen AVs – *„offiziell die Interessen der deutschen Wirtschaft gegenüber der Politik und Verwaltung im jeweiligen Gastland.“* (AHK 2014).

4. Die Außenpolitik Deutschlands zu Brasilien und Peru

Nachdem in den beiden vorangegangenen beiden Hauptkapiteln der Begriff der Außenpolitik näher spezifiziert, als auch das außenpolitische Interesse Deutschlands an Lateinamerika diskutiert worden ist, wird in diesem Kapitel die Analyse der inhaltlichen Schwerpunktsetzung gegenüber Brasilien und Peru im Fokus stehen. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, werden jeweils die diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Dimension der Beziehungen betrachtet.

4.1 Länderbeispiel Brasilien

Die Beziehungen Deutschlands zu Brasilien besitzen eine große Vielfalt. Dabei sind historische Gegebenheiten für die heutige Zusammenarbeit von großer Bedeutung. Diese reichen bis in das 16. Jahrhundert zurück. Insbesondere unter dem Einfluss Leopoldines von Habsburg, Gemahlin des ersten brasilianischen Kaisers Dom Pedro I., emigrierten deutsche Siedler nach der Unabhängigkeitserklärung 1822 nach Brasilien. (Vgl. Kohlhepp/Sangmeister 2010: 639) Dieser *colono alemão* (dt.: deutsche Besiedelung) und seine Leistung bei der Erschließung Südbraziens haben noch heute eine positive Konnotation und sind für die politischen Beziehungen noch immer von Bedeutung.

4.1.1 Diplomatische Dimension

Die Rolle des jeweils anderen in der Weltpolitik wird durchweg positiv gesehen. (Vgl. Albarracín/Stehnken 2010: 643) Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass weder für Deutschland noch für Brasilien die wechselseitigen Beziehungen einen vorderen Rang in der jeweiligen außenpolitischen Prioritätensetzung einnehmen. Deutsche Außenpolitik richtet sich zunächst auf Europa und die transatlantische Partnerschaft zu den USA. Weitere Themenfelder sind die EU-Nachbarschaftspolitik gegenüber Osteuropa, die Transformationspartnerschaften gegenüber den Staaten Nordafrikas, der Nahostkonflikt und Krisenländer wie Afghanistan, Mali oder Syrien. Als Richtschnur für das deutsche außen- und sicherheitspolitische Handeln dient zudem die Einbindung in die VN, die OSZE oder die EU. (Vgl. Birle 2013b: 274) Auch wenn die Außen- und Sicherheitspolitik der EU nicht als durchweg einheitlich gelten kann, muss die deutsche Außenpolitik doch in ihrem Rahmen gesehen werden. Deckungsgleich ist beispielsweise die Einstufung der Beziehungen zu Brasilien in eine *strategische Partnerschaft*, auf die später noch eingegangen werden soll. (Vgl. Buck 2008)

Demgegenüber konzentriert sich die brasilianische Außenpolitik seit einigen Jahren vermehrt auf die Staaten Lateinamerikas. Hier wird eine engere regionale Zusammenarbeit in Lateinamerika forciert, was sich besonders in den Bemühungen zum MERCOSUL und der UNASUL manifestiert. (Vgl. AA 2014a) Brasilien begründet seine Hegemonialansprüche nicht durch militärische Dominanz, sondern kraft seiner Größe und seines wirtschaftlichen Potentials. (Vgl. Boeckh 2006: 243) Die Hinwendung Brasiliens zu seinen Nachbarn erfolgt wohl vorwiegend deshalb, da es für seine Anerkennung als neuer *global player* ein Umfeld braucht, indem es seinen regionalen Führungsanspruch durchsetzen kann. (Vgl. Soares de Lima/Hirst 2006: 31) Die regionale Schwerpunktsetzung soll folglich als Sprungbrett für die Anerkennung Brasiliens als globale Mittelmacht dienen. (Vgl. Bernal-Meza 2006: 77) Mit der Regierung Lula da Silvas wandte sich die brasilianische Aufmerksamkeit zudem dem afrikanischen Kontinent und anderen aufstrebenden Schwellenländern, wie den Mitgliedern der BRICS-Gruppe, zu. (Vgl. AA 2014a) Das Ziel Brasiliens in diesem Kontext ist eine Reduzierung der Kluft zwischen armen und reichen Ländern, aber auch eine Demokratisierung des internationalen Systems. Aufgrund der teilweise stark divergierenden Interessenlagen ist es jedoch fraglich, ob die Kooperationsgewinne, die sich Brasilien erhofft, tatsächlich eintreffen werden. (Vgl. Stehnen 2007) In allen Aspekten scheint für Brasilien die Aussicht auf eine machtpolitisch bessere internationale Rolle eine gewichtige Handlungstriebfeder darzustellen.

Mögen sich Deutschland und Brasilien global also zwar nicht als prioritär einstufen, tun sie dies regional jedoch durchaus. Deutschland ist neben Frankreich wichtigster Partner Brasiliens in Europa. Andersherum stellt Brasilien neben Mexiko den wichtigsten Partner Deutschlands auf dem lateinamerikanischen Subkontinent dar. (Vgl. Birle 2013b: 275) Dieses Interesse lässt sich unter anderem an einer regen Besuchsdiplomatie festmachen. Im Jahr 2008 unterzeichneten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ehemalige brasilianische Präsident Lula da Silva (2003-2011) in Brasilia den *Aktionsplan der deutsch-brasilianischen strategischen Partnerschaft*. (Vgl. Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien 2008). Brasilien ist damit das einzige Land Lateinamerikas mit dem Deutschland durch eine strategische Partnerschaft verbunden ist. (Vgl. AA 2014b) Darin bekräftigen beide Länder die „*Entschlossenheit, ihre strategische Partnerschaft durch den Ausbau der bilateralen Beziehungen auf allen Ebenen und in verschiedenen Bereichen zu vertiefen.*“ (Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien 2008: 1). Neben einem regelmäßigen Dialog sieht der Plan unter anderem zwei Themen vor, die für das deutsch-

brasilianische Verhältnis charakteristisch sind:

- Zusammenarbeit bei der Umstrukturierung der Global Governance
- Klimawandel, Energiezusammenarbeit sowie nachhaltige Entwicklung und Umwelt

Bei beiden Themen handelt es sich um globale Problemfelder, deren Lösung nur durch Einbindung einer möglichst großen Anzahl an Staaten möglich ist, besonders auch „*neuer Gestaltungsmächte*“¹⁹, zu denen die Bundesregierung seit 2012 auch Brasilien zählt. (Vgl. Birle 2013b: 275)

a) Zusammenarbeit bei der Umstrukturierung der Global Governance

Brasilien beansprucht schon seit geraumer Zeit eine wichtigere Rolle in der internationalen Staatengemeinschaft und will daher die bestehenden Strukturen der *Global Governance* nach seinen Vorstellungen beeinflussen. (Vgl. Burgess 2006) Bereits seit 1988 tritt es für eine Reform des Weltsicherheitsrats der VN ein. (Vgl. Boeckh 2006: 246) Deutschland bekräftigt ebenfalls seit einiger Zeit sein Interesse, „*das gesamte VN-System effektiver, effizienter und transparenter zu machen.*“ (Mützelburg 2006: 15). Für beide Staaten stellt die VN-Struktur ein Relikt aus der Nachkriegsordnung des Zweiten Weltkriegs dar, weshalb sie innerhalb einer *G4* zusammen mit Japan und Indien den Versuch unternahmen, einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat zu erlangen und sich bei der Kandidatur gegenseitig zu unterstützen. Während dieser Phase konnte eine intensive strategische Koordinierung einer gemeinsamen Position innerhalb der VN festgestellt werden. Nachdem der Versuch schlussendlich scheiterte ist jedoch vorerst keine bleibende Struktur innerhalb dieser Zusammenarbeit zu verzeichnen gewesen. (Vgl. Hellmann/Ross 2007) Die Aufnahmen des Themenfeldes in den Aktionsplan 2008 – und dies als ersten Themenpunkt – zeigt jedoch das Interesse beider Länder an einer weiteren Zusammenarbeit in diesem Punkt. (Vgl. Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien 2008: 1)

19 „Die Ordnung der internationalen Staatengemeinschaft wird zunehmend multipolar: Einflussreiche Länder, die lange als Entwicklungs- und Schwellenländer bezeichnet werden, gestalten internationale Politik in einer interdependenten Welt. Sie sind wirtschaftliche Lokomotiven, sie beeinflussen maßgeblich die Zusammenarbeit in ihren Regionen, sie wirken auch in anderen Weltregionen und sie spielen in internationalen Entscheidungsprozessen eine zunehmend wichtige Rolle. Selbstbewusst finden sie ihren Platz in den internationalen Beziehungen und übernehmen Verantwortung für globale Fragen. Wir sehen in ihnen mehr als Schwellenländer: Sie sind *'neue Gestaltungsmächte'*“ (AA 2012: 5).

Ein weiteres Themenfeld, insbesondere im Zuge der Finanzkrise, ist die Reform der internationalen Finanzinstitutionen. Brasilien pocht seit Jahren auf eine Reform der Stimmengewichte in der WTO und dem IWF, um sich selbst und den Schwellenländern mehr Gewicht zu verleihen. Mit Deutschland besteht zwar ein grundsätzlicher Konsens, jedoch konnten bisher keine konkreten Annäherungsversuche verzeichnet werden. Vielmehr sieht sich Deutschland hier in besonderer Weise in EU-Politiken eingebettet. Im Zuge der Doha-Runde der WTO 2003 traten offene Konfliktlinien zu Tage. Brasilien hatte sich zusammen mit anderen Entwicklungs- und Schwellenländern zu einer *G20*-Gruppe zusammengeschlossen, um mehr Druck auf die USA und Europa ausüben zu können. Während die *G20* eine reine Marktzugangsstrategie im Bereich des Agrarhandels verfolgte, was generell ein besonders sensibles Themenfeld innerhalb der EU darstellt, wurden für die EU und Deutschland die Themen Umwelt, Sozialstandards sowie die Singapur-Themen²⁰ immer wichtiger. (Vgl. Stahl/Lütticken 2007: 799) Nicht zuletzt durch seine entscheidende Rolle für das Scheitern der Verhandlungsrunde erfuhr Brasilien eine „Aufwertung [...] zum zentralen *Global Player*“ (Schirm 2005: 115).

b) Klimawandel, Energiezusammenarbeit sowie nachhaltige Entwicklung und Umwelt²¹

Neben der Umstrukturierung der *Global Governance* spielen die Themen Klimawandel, Energiezusammenarbeit sowie nachhaltige Entwicklung und Umwelt eine wichtige Rolle. Ebenfalls im Jahr 2008 wurde ein bilaterales Abkommen über die *Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf erneuerbarer Energie und Energieeffizienz* (BMU 2008) unterzeichnet. Neben einer Zusammenarbeit im Energiesektor wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Biokraftstoffe eingerichtet. Damit sind Deutschland und Brasilien Vorreiter auf dem Gebiet der Biokraftstoffe. Beide Länder haben Bundesprogramme, um alternative Treibstoffe wie Ethanol und Biodiesel zu fördern. (Vgl. Lohbauer 2013: 143) Deutschland ist führend was die Technologie und Produktion von Biodiesel und die Energiegewinnung aus Biomasse, Wind und auch Sonne betrifft. Brasilien ist der weltweit größte Ethanolproduzent, verfügt über entsprechende Technologien für die Verarbeitung von Biomasse und entwickelt Biodiesel. (Vgl. Ebd.) Um seiner Beimischungspflicht E10 nachzukommen, ist Deutschland derzeit ein großer Importeur brasilianischen Ethanol. (Obermaier/King/Moreira 2013: 193)

²⁰ Hierunter wird die Ausweitung der Zuständigkeit der WTO auf die Bereiche Investitionen, Wettbewerbspolitik, öffentliche Beschaffung und Handelserleichterungen verstanden.

²¹ Auf den Punkt *nachhaltige Entwicklung und Umwelt* soll unter Punkt 4.1.3 näher eingegangen werden.

Klärungsbedarf besteht jedoch weiterhin hinsichtlich der sozialen Verträglichkeit und der Ökobilanz. (Vgl. Stormy-Mildner/Zilla 2007) Im Kontext des zu erwartenden Konflikts zwischen Nahrungsmitteln versus Kraftstoffe²² hat das innerhalb der Internationalen Klimaschutzinitiative des BMZ erarbeitete Projekt *Integrated Modeling of the Land Use, Water and Energy Nexus of Brazilian Biofuels Expansion under Climate Change* das Ziel „die Entscheidungsträger und Interessenvertreter über mögliche Szenarien zur Expansion von Biokraftstoffen in Brasilien unter Berücksichtigung der Klimaveränderungen zu informieren, um die Formulierung von sinnvollen politischen Maßnahmen zu ermöglichen, mit denen die schädigenden Einflüsse auf die Bodennutzung, die Wasserressourcen und die Nahrungsmittelsicherheit vermindert und gleichzeitig die nachhaltige Produktion von Biokraftstoffen gefördert werden kann“ (Obermaier/King/Moreira 2013: 202). Das Projekt liefert der Politik somit relevante Informationen für die Planung und Formulierung einer nachhaltigen politischen Strategie zur Verringerung des Klimawandels und sozialer Konflikte.

c) Zwischenfazit: Anerkennung oder Eigeninteresse?

Wenn Deutschland mit seiner Außenpolitik auf eine engerer Zusammenarbeit mit Brasilien zur Gestaltung globaler Prozesse abzielt, bedeutet dies nicht nur Anerkennung für Brasiliens gewachsene und konstruktive Rolle innerhalb der internationalen Politik. Das Zugehen auf Brasilien lässt sich auch mit der veränderten Struktur des internationalen Systems erklären. Aufgrund globaler, wirtschaftlicher und demographischer Trends in den kommenden Jahrzehnten muss von einem verringerten Gewicht Deutschlands auf globaler Ebene ausgegangen werden. Demgegenüber weist der Trend Brasiliens respektive anderer *neuer Gestaltungsmächte* in die andere Richtung. Eine engere Kooperation bedeutet Zukunftsvorsorge, das heißt die Festigung bilateraler Beziehungen um auch künftig in den Gestaltungsprozess der globalen Ordnung eingreifen zu können.

²² Dieser Konflikt besteht darin, dass Biokraftstoffe zwar einerseits die Fähigkeit besitzen Treibhausgasemissionen im Vergleich zu den fossilen Alternativen zu vermindern, andererseits jedoch für ihre Herstellung landwirtschaftliche Flächen genutzt werden, welche für den Anbau von Grundnahrungsmitteln genutzt werden könnten und zudem bereits prekäre Wasservorräte aufzehren. Die Entwicklung strengerer Mindestanforderungen hinsichtlich der Produktion von Biokraftstoffen ist demnach immanent.

4.1.2 Wirtschaftliche Dimension

a) Handelsbeziehungen

Deutsch-brasilianische Handelsbeziehungen haben eine lange Tradition. Diese wurden seit der Unabhängigkeit Brasiliens 1822 nur durch die beiden Weltkriege jeweils kurzzeitig unterbrochen. Am Hofe Dom Pedros I. waren 17 Handelsvertretungen deutscher Staaten akkreditiert und die deutschen Gebiete waren wichtigster Abnehmer von brasilianischem Zucker und Kaffee. (Vgl. Moniz Bandeira 1995: 26f.) Nach der politischen Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg sah Brasilien die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen vor allem in Beziehungen zur neu gegründeten BRD gewährleistet. (Vgl. Ebd.: 74) Inzwischen überschreitet das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten die Marke von 20 Mrd. Euro:

	2011*	Veränderung z. Vorjahr	2012*	Veränderung z. Vorjahr	2013*	Veränderung z. Vorjahr
Dt. Einführen	11.300	20,2%	10.600	-6,2%	8.900	-16,0%
Dt. Ausführen	11.200	7,7%	11.700	4,5%	11.300	-3,4%
Gesamtvolumen	22.500		22.300		20.200	
Saldo	-100		1.100		2.400	

* in Mio. Euro

(GTAI 2014a: 4)

Nach dem Rekordhoch im Jahr 2011 mit 22,5 Mrd. Euro sank das Handelsvolumen in den Jahren 2012 und 2013. Für 2014 wird mit einem etwa gleich großen Handelsvolumen wie im Jahr 2013 gerechnet (Halbjahreswert: dt. Einführen: 4,6 Mrd. Euro (+4,5 %), dt. Ausführen: 5,5 Mrd. Euro (-3,8 %)). (GTAI 2014a: 4) Deutschland lag mit 6,3 % der Gesamtimporte Brasiliens auf Rang vier der Hauptlieferländer (hinter China (15,6 %), den USA (15,1 %) und Argentinien (6,9 %)) und mit 2,7 % der Gesamtexporte Brasiliens auf Rang sechs der Hauptabnehmerländer (hinter China (19 %), den USA (10,3 %), Argentinien (8,1 %), den Niederlanden (7,2 %) und Japan (3,3 %)). (Ebd.: 3f.) Andersherum lag Brasilien im Jahr 2013 als Abnehmer deutscher Produkte auf Platz 20 und als Lieferland auf Platz 23 der deutschen Handelsbeziehungen. (AA 2014b) Mit diesen Zahlen ist Brasilien wichtigster Handelspartner Deutschlands in Lateinamerika. Im weltweiten Vergleich nimmt das Land jedoch lediglich eine marginale Rolle für den deutschen Handel ein. Gemessen an den Gesamtexporten Deutschlands summieren sich die deutschen Warenausfuhren nach Brasilien auf lediglich 0,7 % des Gesamthandelsvolumens. Zudem kann festgestellt werden, dass sich das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Brasilien in den letzten Jahrzehnten in beide

Richtungen positiv entwickelt, in letzter Zeit jedoch an Dynamik verloren hat. Von einem vielfach propagierten *Brasilien-Boom* kann in diesem Kontext deshalb nicht gesprochen werden. (Vgl. Birle 2013b: 280) Des Weiteren muss betont werden, dass Brasilien an der Dynamik der wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit anderen *aufstrebenden Mächten*, insbesondere den asiatischen, nicht mithalten kann. (Vgl. Sangmeister/Schönstedt 2010: 661)

Brasilien exportiert nach Deutschland vorwiegend Eisenerz, Soja(-produkte), Kaffee (-produkte), Kfz-Teile, Zivilflugzeuge, Maschinen, Fleisch und Kupfer. Bei den deutschen Exporten nach Brasilien dominieren Maschinen, Autos und Autoteile, chemische Erzeugnisse, pharmazeutische Produkte, Elektrotechnik und Metallwaren. Rechnet man bei den deutschen Einfuhren brasilianischer Produkte Rohstoffe und Nahrungsmittel zusammen, entfallen auf Primärgüter beinahe 70 % der brasilianischen Erlöse im Außenhandel mit Deutschland. (GTAI 2014a: 4) In dieser Struktur des bilateralen Außenhandels zwischen beiden Staaten spiegelt sich die Komplementarität der brasilianischen zur deutschen Wirtschaft wider. Dies ist einer der Gründe weshalb deutsche Industrieprodukte in den wertschöpfungsintensiven High-Tech-Segmenten auf wenig Konkurrenz aus Brasilien treffen. Ein neuer Schwerpunkt zeichnet sich im bereits erwähnten Energie-Abkommen von 2008 zwischen Deutschland und Brasilien ab, das auf eine engere bilaterale Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz abzielt (siehe Kap. 4.1.1 b)).

b) Kapitalverflechtungen und deutsche Akteure in Brasilien

Neben dem Außenhandel stellen Kapitalverflechtungen die zweite tragende Säule wirtschaftlicher Beziehungen dar. Rund 1.200 deutsche Unternehmen haben sich in Brasilien niedergelassen, alleine rund 800 davon im Großraum São Paulo, der den größten deutschen Investitionsstandort im Ausland darstellt. (Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien 2014a)

Bereits in den 1920er Jahren haben deutsche Unternehmen in Brasilien in nennenswerten Umfang investiert. Im Zuge der Importsubstitutionspolitik Brasiliens der 1950er Jahre kam es zu einer erheblichen Ausweitung im Bereich der Automobilindustrie. Beispielsweise begannen Volkswagen oder Mercedes-Benz in dieser Zeit mit der Produktion von Personen- und Lastkraftwagen in Brasilien. Im Zeitraum 1950-1970 stieg der Anteil deutscher Investitionen in Brasilien an den gesamten Investitionen deutscher Unternehmen von 0,002 %

auf 13,9 %. (Sangmeister/Schönstedt 2010: 663) Teilweise heftig umstritten war die deutsch-brasilianische Zusammenarbeit im Bereich Nukleartechnik. Das *deutsch-brasilianische Kooperationsabkommen zur gemeinsamen Entwicklung der Kernenergie* aus dem Jahr 1975 sah unter anderem den Bau von acht Kernkraftwerken vor. Nicht zuletzt aufgrund massiver Kostenüberschreitungen und dem ersten Atomausstieg unter der rot-grünen Bundesregierung konnte bis heute lediglich ein Reaktor mit deutscher Beteiligung (Angra dos Reis II) in Betrieb genommen werden. (Vgl. Ebd.)

Während in den 1980-Jahren die deutschen Investitionen in Brasilien deutlich zurückgingen, wurde Brasilien im Zuge der Strukturanpassungsprogramme der 1990er-Jahre wieder ein attraktives Land für Investitionen. Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in Brasilien betrug 2013 23,8 Mrd. Euro, wobei der Nettotransfer seit 2010 jeweils negativ war (2010: -0,949; 2011: -2,011; 2012: -1,528; 2013: -1,555 Mrd. Euro). Dagegen war der Bestand brasilianischer Direktinvestitionen in Deutschland im Jahr 2013 mit 212 Mio. Euro sehr viel geringer. Der Nettotransfer war hier in den letzten beiden Jahren ebenfalls negativ (2010: +51; 2011:+52; 2012: -19; 2013: -6 Mio. Euro). (GTAI 2014a: 5) Die Investitionen deutscher Unternehmen sichern rund 250.000 Arbeitsplätze in Brasilien (Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien 2014a) und etwa 1.000 in Deutschland (Sangmeister/Schönstedt 2010: 664). Mit rund 37 % der insgesamt in Lateinamerika von deutschen Unternehmen getätigten Investitionen nimmt Brasilien den Spitzenplatz ein. Jedoch stellen diese lediglich ein Prozent der gesamt getätigten Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland dar. (Ebd.) Demgegenüber sind brasilianische Unternehmen in Deutschland weit weniger aktiv. Zu nennen sind hier der Mischkonzern Votorantim, das Elektrounternehmen WEG oder der weltweit größte Brauereikonzern, das belgisch-brasilianische Unternehmen ABInBev, das mit seinen Biersorten Beck's, Löwenbräu oder Franziskaner die Nummer 2 auf dem deutschen Biermarkt ist. (Vgl. Ebd.: 664f.)

Die Außenwirtschaft wird mit drei AHKs²³ in São Paulo, der größten ihrer Art weltweit, Rio de Janeiro und Porto Alegre sowie einem Außenbüro der Germany Trade & Invest (GTAI), ebenfalls in São Paulo, vertreten. Die seit über 30 Jahren jährlich stattfindenden deutsch-brasilianischen Wirtschaftstage dienen der Vertiefung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Unternehmertreffen. Sie werden durch den BDI und sein brasilianisches Pendant

²³ <http://www.ahkbrasilien.com.br/>

(*Confederação Nacional da Indústria*) organisiert. (Vgl. AA 2014b) Nicht zuletzt geht es solchen Lobbygruppen darum, gegenüber den jeweiligen Regierungen die Aspekte zu thematisieren, die als Haupthindernisse für ein noch stärkeres wirtschaftliches Engagement gelten. Im deutsch-brasilianischen Kontext zählen dazu insbesondere der *custo brasil*²⁴ oder das seit 2006 ausgesetzte Doppelbesteuerungsabkommen. (Vgl. Birle 2013b: 281)

Aus brasilianischer Sicht stellt der Abbau dieser Hemmnisse ein besonderes Interesse dar, da man sich von dem deutschen Engagement weitere Technologie- und Innovationsschübe erhofft. Deutsche Unternehmen tragen mit dem Import des dualen Ausbildungssystems zur Ausbildung hochqualifizierter brasilianischer Ingenieure und Techniker bei, was der brasilianischen Volkswirtschaft einen bedeutenden Kompetitivitätszuwachs auf internationalen Märkten ermöglicht. Dies ist gerade für Brasilien, das in Zukunft nicht mehr nur Primärgüter exportieren möchte, ein wertvoller Beitrag auf seinem Weg zu einer langfristig orientierten Entwicklungsstrategie. (Vgl. Vargas 2011)

4.1.3 Entwicklungspolitische Dimension

Die deutsch-brasilianische EZ besteht seit den 1960er Jahren. Diese lange Tradition betrifft Akteure der staatlichen EZ, wie die KfW und GIZ, als auch die EZ durch Kirchen, politischen Stiftungen und private Träger. Von brasilianischer Seite wird die deutsche EZ als wichtige Kooperationsform innerhalb eines insgesamt dichten Austauschs zwischen beiden Ländern gesehen. (Vgl. Stamm 2006: 9) Im Laufe der Jahre wurden Programme und Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung, Geologie, Bergbau, Klein- und Mittelindustrie sowie Umwelt gefördert. Gemäß der deutschen Botschaft in Brasilia gibt es kaum eine brasilianische Mikroregion, in der kein deutsches Entwicklungsprojekt durchgeführt wurde. (Vgl. Deutsche Botschaft in Brasilia 2003: 8)

Seit Beginn der bilateralen Zusammenarbeit hat das Land im Rahmen der FZ und TZ zirka 1,5 Mrd. Euro an Gesamtleistungen erhalten. (Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien 2014b) Im Ranking der Jahre 2000 bis 2011 wurden in Brasilien 4.553 Projekte der deutschen EZ durchgeführt. Dabei wurden knapp 1,369 Mrd. USD aufgewandt. Brasilien stand in dem genannten Zeitraum auf Platz 10 von 181 Empfängerländern deutscher ODA.

²⁴ Der *custo brasil* (dt.: die brasilianischen Kosten) umfasst erhöhte Kosten bei der Geschäftstätigkeit mit und in Brasilien. Brasilien hat weltweit mit die höchsten Steuern, hohe Arbeitskosten, teils unzureichende Infrastruktur, schlechtes Bildungsniveau, überbordende Bürokratie und teils sprunghaft agierende Gesetzgebung. (Vgl. BMWi 2014a)

Die Schwerpunkte der Projekte lagen im Bereich Energie (ca. 79 Mio. USD), Umweltschutz (ca. 53 Mio. USD) und Bildung (ca. 44 Mio. USD). (Open Aid Data 2014a) In der Rangliste des BMZ lag Brasilien im Jahr 2012 auf Platz 8 von 148 und war das größte Empfängerland deutscher ODA in Lateinamerika. Jedoch erhält beispielsweise Peru heruntergerechnet auf seine Bevölkerungszahl höhere ODA-Leistungen pro Kopf in Lateinamerika (Peru: 3,27 Euro, Brasilien: 0,60 Euro). (BMZ 2014a)

Mittlerweile passt Brasilien durch seine gewachsene regionale und globale Bedeutung und seines Entwicklungsstandes jedoch immer weniger in das klassische Portfolio der EZ. Brasilien ist in den letzten Jahren zudem selbst als Geber der EZ in Lateinamerika und Afrika in Erscheinung getreten. (Vgl. Birle 2013b: 285) 2006 wurde dieser Entwicklung von deutscher Seite Rechnung getragen und die bilaterale EZ neu ausgerichtet. Sie ist auch Bestandteil der 2008 geschlossenen strategischen Partnerschaft. Auch wenn die politische Bedeutung der deutschen EZ die finanzielle weit übersteigt, ist Deutschland nach Japan der zweitgrößte bilaterale Geber des Landes. Brasilien beteiligt sich bei der Umsetzung je nach Region und Projekt jedoch mit 30-90 % der Kosten an der EZ. (Vgl. BMZ 2014b)

Das derzeitige Portfolio der deutsch-brasilianischen Entwicklungskooperation steht unter dem Begriff der Partnerschaft für globalen Umwelt- und Klimaschutz. Beide Regierungen wollen mit ihrer verstärkten Kooperation im Bereich erneuerbare Energien *„ein deutliches Zeichen ihrer Verantwortung für den globalen Klimaschutz und die im Rahmen der Renewables 2004 in Bonn und des Heiligendamm-Prozesses eingegangenen Verpflichtungen“* (Ders. 2007) setzen. Die Ziele gliedern sich in zwei Bereiche, nämlich den Schutz tropischer Regenwälder und deren nachhaltige Bewirtschaftung sowie städtisch-industrieller Umweltschutz und Energie beziehungsweise erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

a) Handlungsfeld Tropenwaldschutz

Als Partner für die Erhaltung globaler Umweltgüter ist Brasilien von zentraler Bedeutung. Brasilien ist einerseits viertgrößter Emittent von Treibhausgasen²⁵ weltweit, andererseits gilt es als eines der Länder mit der reichsten terrestrischen Biodiversität überhaupt. Jedoch kollidiert der Waldschutz zunehmend mit wirtschaftlichen Interessen. Brasilien gehört zu den größten Kaffee-, Zucker- und Sojaproduzenten weltweit. Für die Anlagen der benötigten Plantagen

²⁵ 62 % der brasilianischen Treibhausgasemissionen stammen alleine aus der Entwaldung, insbesondere in Amazonien. (Dutschke/Pistorius 2008: 478)

werden – zum Teil illegal – große Waldflächen abgeholzt, um neues Ackerland zu erschließen. Die ökologischen und wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen, stellt für die deutsch-brasilianische Zusammenarbeit daher ein wichtiges Kooperationsfeld dar. (Vgl. Ders. 2014b)

Im Anschluss an den Erdgipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1992 rief die brasilianische Regierung in Zusammenarbeit mit den G7-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den USA das *Pilotprogramm zur Erhaltung der tropischen Regenwälder Brasiliens* (PPG7) ins Leben, dessen erste Projektphase 1994 begann. Deutschland ist mit rund 45 % der mit Abstand wichtigste (Scholl/Krammenschneider 2010: 674), in Bezug auf die tropischen Küstenwälder (*Mata Atlântica*) sogar einzige bilaterale Geber im PPG7 (Stamm 2006: 10). Beinahe alle der im Rahmen des Programms umgesetzten Projekte sind Kooperationsvorhaben der GIZ und KfW, wodurch die EZ und FZ stärker zusammengewachsen sind. (Vgl. Scholl/Krammenschneider 2010: 674) Auch wenn es bis heute nicht gelungen ist die Entwaldungsraten nachhaltig zu reduzieren, gilt das PPG7 dennoch als erfolgreich, was sich unter anderem an folgenden Punkten ablesen lässt:

- Stärkung des Umweltbewusstseins auf verschiedenen Ebenen der brasilianischen Gesellschaft: Solange die (ansässigen) Bevölkerung keine direkten Vorteile aus dem Naturerhalt zieht, sind Schutzgebiete nur bedingt zukunftsfähig. Ein Ziel der Einzelprojekte ist es daher Wege aufzuzeigen, regionale Wirtschaftsentwicklung umweltgerecht, sozialverträglich und ökonomisch nachhaltig zu gestalten und den Entwaldungsdruck auf die Reservate zu reduzieren. Durch die Regulierung von Grundbesitz und Nutzungsrechten konnten die Lebensbedingungen von 116.000 Menschen in 38 Gemeinden verbessert werden. (Vgl. Ebd.: 678f.)
- Stärkung der institutionellen Kapazitäten bei öffentlichen Einrichtungen: Angesichts der enormen Weite und Unzugänglichkeit Amazoniens steht die brasilianische Staatsgewalt vor enormen Herausforderungen. Gesetze und Verordnungen den Naturschutz betreffend können wenig Wirkung entfalten, wenn ihnen Kapazitäten zur Durchsetzung fehlen. Die deutsche EZ bildet und stützt die Umweltbehörden Amazoniens daher unter anderem mit Technologien zur Überwachung von Abholzungen aus. (Vgl. Ebd.: 677)
- Unterstellung von relevanten Teilen des Amazonasgebietes und Demarkierung von Indianerschutzgebieten: Mit Hilfe der deutschen EZ wurden in den letzten Jahren 53 Parks mit über 200.000 km² Fläche in Amazonien geschaffen sowie 99 Indianergebiete mit 380.000 km² Fläche eingerichtet. (Vgl. Ebd.)

b) Handlungsfeld städtisch-industrieller Umweltschutz und Energie beziehungsweise erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Deutschland unterstützt Brasilien bei der Umsetzung einer klimaneutralen und nachhaltigen Energieentwicklungspolitik. Im Handlungsfeld städtisch-industrieller Umweltschutz (SIU) wurden seit 1993 zahlreiche Fachinstitutionen, wie Fach- und Vollzugsbehörden der Bundesstaaten auf verschiedenen Gebieten des Umweltschutzes beraten und unterstützt. Themengebiete waren dabei Bodenschutz, Abfall- und Altlastenmanagement und Flächenrecycling. Kooperationspartner waren zum einen die jeweiligen Umweltministerien, mehrere Kommunalregierungen und Städte (wie z.B. die Stadt Stuttgart oder Rio de Janeiro und São Paulo) und via PPP-Modalität einige deutsche Umweltfirmen. (Vgl. Stamm 2006: 11)

Ein weiteres Themenfeld stellt die Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz (EEEE) dar. Hierbei streben die Kooperationspartner sowohl eine systematische Berücksichtigung erneuerbarer Energien im Rahmen der Elektrifizierung ländlicher Gebiete an, als auch die Nutzung von Potenzialen für dezentrale erneuerbare Energien. Die Kooperationen im Feld der Elektrifizierung ländlicher Gebiete bauen teilweise auf bereits existierenden Programmen auf, wie beispielsweise dem Förderprogramm *Luz para Todos*²⁶ des brasilianischen Staates und des staatlichen Energieunternehmens Eletrobrás. (Vgl. Scholl/Krammenschneider 2010: 679) Diese Programme zielen besonders auf Armutsminderung ab, leisten damit aber auch einen entscheidenden Beitrag zum globalen Ziel des Klimaschutzes.

In Kapitel 4.1.1 b) wurde zudem bereits näher auf das Kooperationsfeld der *Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf erneuerbarer Energie und Energieeffizienz* eingegangen. Dieses manifestiert sich auch als Schwerpunkt innerhalb der EZ. Die Programme sollen die brasilianische Regierung bei den Themen erneuerbare Energien und Energieeffizienz unterstützen und die Kooperationen zwischen deutschen und brasilianischen Akteuren fördern. Brasilien setzt bei seiner Energieversorgung vorwiegend auf Großwasserkraft, welche jedoch oft von sozial und ökologisch schweren Folgen begleitet werden. Deutschland setzt im Zuge der Energiewende dagegen auf einen vielfältigen Energiemix und kann deshalb Expertise und Technologie zur Verfügung stellen. (Vgl. GIZ 2014a) In Artikel 3 des 2008 geschlossenen Abkommens werden daher folgende

²⁶ Dt: *Licht für Alle*. Das Programm wurde im Jahr 2003 gestartet, um die Stromversorgung armer Haushalte in netzfernen Gebieten zu gewährleisten. Ziel ist es diese Regionen dezentral und umweltschonend zu elektrifizieren. Siehe hierzu die offizielle Website: <http://luzparatodos.mme.gov.br/luzparatodos/asp/>.

erneuerbare Energien aufgezählt, die es in der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit zu fördern gilt: Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Energie aus Biomasse, Energie aus festen Abfällen, Geothermische Energie, Meeresenergie und Energie aus Agrartreibstoffen. (Vgl. BMU 2008) Kernbereich stellt der Informations- und Erfahrungsaustausch dar. Hierzu zählen der Austausch von Fachwissen über Konsultationen auf Regierungsebene, Beteiligung an gemeinsamen Seminaren und Workshops sowie im Rahmen von Messen und Ausstellungen. (Vgl. Ebd., Artikel 4) 2010 wurde das erste Treffen zum deutsch-brasilianischen Energieabkommen abgehalten. An diesem sind neben dem BMZ auch das AA, BMWi, BMUB und das BMEL beteiligt. Finanziert wurden bislang die Instandsetzung von Kleinwasserkraftwerken, die Ausstattung von Fußballstadien mit Solaranlagen im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 oder der Bau von Windparks. (Vgl. BMZ 2014b)

c) Neue Formen der Zusammenarbeit: Dreieckskooperationen

Da sich Brasilien in den letzten Jahren zudem selbst vermehrt als Geber innerhalb der internationalen EZ positioniert, ist es ein (potentieller) Partner für Dreieckskooperationen²⁷ des BMZ. Bei dieser Form der Zusammenarbeit kooperieren ein Industrie- und Schwellenland um Kenntnisse und praxisnahe Erfahrungen in Projekte in Entwicklungsländern einzubringen. Brasilien kann in diesem Zuge Lösungskonzepte für Probleme einbringen, vor denen es bis vor einigen Jahren selbst noch stand. Deutschland kann dagegen sein langjährig erworbenes Wissen und Know-How in der EZ in die Zusammenarbeit einbringen. Beides führt zu einer besseren Koordinierung und effizienten Nutzung von Ressourcen. Derzeit bestehen gemeinsame Projekte in Mosambik (Aufbau des Instituts für Metrologie), in Peru (Einrichtung eines Zentrums für Umwelttechnologien) und in Paraguay und Bolivien (Entstehung von Beratungszentren für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU)). (Vgl. Ebd.)

²⁷ Für das offizielle Positionspapier siehe BMZ (2013).

4.2 Länderbeispiel Peru

Trotz der geographischen Distanz sind die Beziehungen Deutschlands zu Peru, und auch umgekehrt, enger als zu anderen Staaten Lateinamerikas beziehungsweise Europas. Die deutsch-peruanischen Beziehungen wurden jedoch weniger von staatlicher als vielmehr von gesellschaftlicher Seite geprägt und forciert. (Vgl. Pinto-Bazurco Rittler 1995: 85) Ähnlich wie im Falle Brasiliens begründeten diverse Einwanderungswellen nach Peru den noch heute guten Ruf Deutschlands in dem Land. Insbesondere zwischen 1835 und 1870 migrierten zahlreiche Menschen deutscher Gebiete aufgrund wirtschaftlicher Krisen nach Peru. (Vgl. Novak 2004: 21ff.) 1870 war auch das Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Peru und dem Norddeutschen Bund. (Vgl. Ders. 2012: 175) Noch heute bestehen am Ostabhang der Anden in Pozuzo und Oxapampa zwei Orte, in denen dieser Einfluss besonders deutlich wird. Aufgrund von Plänen der peruanischen Regierung kamen 1857 und 1868 insgesamt 620 Tiroler und Rheinländer mit dem Ziel nach Peru, bisher kaum besiedelte aber fruchtbare Gebiete von den Einwanderern kultivieren zu lassen. Beide Orte repräsentieren noch heute „*Inseln des Deutschtums*“ in Peru. (Boewen 2014: 119)

Aufgrund seiner politischen Ausrichtung auf die USA stellte sich Peru in beiden Weltkriegen gegen Deutschland ohne jedoch Feindseligkeiten zu entwickeln. Bald wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. 1954 weilte Ludwig Erhard in seiner damaligen Funktion als Bundeswirtschaftsminister in der Hauptstadt Lima. Helmut Schmidt besuchte 1979 als erster deutsche Regierungschef Peru. (Vgl. Ebd.: 121f.) Die heutigen Beziehungen werden von beiden Seiten gelobt und als freundschaftlich bezeichnet. Im Folgenden soll – wie bereits in Kapitel 4.1 – auf die diplomatische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Dimension der Beziehungen näher eingegangen werden.

4.2.1 Diplomatische Dimension

Die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu Peru werden vom AA als „*freundschaftlich und ohne Probleme*“ (AA 2014c) gelobt. Deutschland unterstützt Peru bei seinen Bemühungen um eine demokratische Stabilisierung des Landes. Diese zielt laut offizieller Seite auf die Wahrung von Menschenrechten, die Stärkung rechtsstaatlicher Verhältnisse, Dezentralisierung und die Beteiligung der Zivilgesellschaft ab. (Vgl. Ebd.)

Wie im Falle Brasiliens nehmen die wechselseitigen Beziehungen jedoch keinen prioritären Platz in der jeweiligen Außenpolitikagenda ein. Deutsche Außenpolitik richtet sich wie bereits erwähnt zunächst auf Europa und die USA und ist in die Politiken der VN, OSZE und EU eingebunden. Für Peru haben traditionell die Beziehungen zu den USA außenpolitische Priorität. 30 % der peruanischen Exporte gehen in die USA; zudem leben dort über 800.000 Peruaner (GIZ LIPortal 2014). 2009 trat ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Ländern in Kraft (Vgl. AA 2014d) und die US-amerikanische Behörde für EZ USAID ist traditionell der größte bilaterale Geber von Mitteln innerhalb der EZ mit Peru (Vgl. Peru-Vision 2014).

Gleichzeitig bemüht sich Peru um eine Vertiefung der Beziehungen zu den anderen lateinamerikanischen Staaten, zu Europa und den Staaten des pazifischen Raums. 2008 fanden mit dem Treffen aller Staaten der EU, Lateinamerika und der Karibik sowie dem Treffen der APEC zwei Gipfeltreffen in diesem Kontext in Peru statt. (Vgl. AA 2014d) Die EU ist mit ihren Mitgliedsländern nicht nur – nach den USA – zweitwichtigster Handelspartner Perus, sondern auch größter Geber innerhalb der EZ und Investor, insbesondere im Banken- und Telekommunikationsbereich. (Vgl. GIZ LIPortal 2014) Zudem hat die EU mit Peru 2010 ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, welches seit dem 01. März 2013 vorläufig angewandt und nach der Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten endgültig in Kraft treten wird. (Vgl. AA 2014d)

Mit Kolumbien, Ecuador und Bolivien bildet Peru die Andengemeinschaft (CAN). 2013 wurde von den vier Mitgliedsstaaten beschlossen das Andenparlament der CAN aufzulösen, da innerhalb der 2007 gegründeten UNASUR, dem Nachfolger der 2004 gegründeten CSN, ein Parlament eingerichtet werden soll. (Vgl. Ebd.) Mit Chile, Mexiko und Kolumbien ist Peru zudem in der 2011 gegründeten Pazifik-Allianz verbunden. Diese ist vorwiegend auf Freihandel und wirtschaftliche Integration ausgerichtet. Auf dem jüngsten Gipfeltreffen im Februar 2014 wurde beschlossen, 92 % der zwischen den Ländern gehandelten Güter von Zöllen zu befreien. (Ebd.) Die Gründungsmitglieder tragen mit ca. 39 % zum BIP Lateinamerikas bei. (GIZ LIPortal 2014)

Dennoch hat der Besucheraustausch zwischen Deutschland und Peru in den letzten Jahren zugenommen. 2008 besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel Lima, im Februar 2012 der ehemalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle. Der peruanische Staatspräsident Ollanta Humala besuchte 2012 und 2014 Berlin, wo er unter anderem Angela Merkel traf. Zudem gab

es zahlreiche Besuche von MinisterInnen, StaatssekretärInnen und Bundestagsabgeordneten. (Vgl. AA 2014c) Politisch von besonderer Relevanz in den Beziehungen Deutschlands zu Peru sind das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Peru aus dem Jahr 2010 sowie die 2014 beschlossene Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiesektor.

a) Vorbedingungen für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Peru sowie der Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich

Am 11. Dezember 2012 stimmte das Europaparlament in Straßburg für das Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien. (Vgl. Ebeling 2012: 2) Dieses wird seit 01. März 2013 vorläufig angewandt. (Vgl. AA 2014d) Am 14. Juli 2014 schloss Deutschland mit Peru ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich. (Vgl. BMWi 2014b) Beiden Abkommen liegt die Tatsache zugrunde, dass die EU und Deutschland wirtschaftlich vom Import von Rohstoffen abhängen. Zirka 70 % der EU-Importe sind Rohstoffe oder Zwischenprodukte. Dies entspricht zirka 23 % der weltweit insgesamt gehandelten Rohstoffe. Die EU ist damit die Region mit den höchsten Netto-Importraten von Rohstoffen weltweit. (Lambert 2012: 6f.) Nach Angaben des BDI werden 80 % der Rohstoffe die Deutschland importiert als verarbeitete Produkte wieder exportiert. (BDI 2007: 8) Da bei einigen Rohstoffen, insbesondere metallischen, die Importquote einhundert Prozent beträgt, wird die Verfügbarkeit von Rohstoffen als unabdingbar für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Europas und Deutschlands angesehen. (Vgl. Misereor 2013: 32)

Die erste gemeinsame europäische Rohstoffstrategie veröffentlichte die EU-Kommission im November 2008. Zu den Zielen der Strategie gehören die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten ohne Wettbewerbsverzerrungen, Förderung der nachhaltigen Versorgung durch Rohstoffe aus europäischen Quellen und Reduzierung des europäischen Verbrauchs primärer Rohstoffe. (Vgl. European Commission 2008: 5f.) Als Hauptprobleme benennt die Europäische Kommission Wettbewerbsverzerrungen und -verwerfungen beim Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen, welche durch eine *Rohstoffdiplomatie*, das heißt Freihandelsverträge, beseitigt werden sollen. (Ebd.: 7) Eine ähnliche Strategie verfolgt auch die BRD. Bereits 2007 forderte der BDI die Bundesregierung auf, die Versorgung deutscher Unternehmen durch Handels-, Außenwirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik zu verbessern. (Vgl. BDI 2007: 18ff.) Als Resultat veröffentlichte das BMWi im Oktober 2010 die *Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung*

Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen (BMWi 2010). Ebenso wie die Strategie der Europäischen Kommission hat auch die Strategie des BMWi die Reduzierung von Handelsbarrieren zum Ziel. Insbesondere sieht die Strategie die Bildung bilateraler Rohstoffpartnerschaften vor. (Vgl. Ebd.: 24) Die Mongolei war im Oktober 2011 das erste Land mit dem Deutschland eine derartige Partnerschaft schloss. (Vgl. Ders. 2011) Im Februar 2012 folgte Kasachstan (Vgl. Ders. 2012), im Januar 2013 Chile (Vgl. Ders. 2013) und im Juli 2014 Peru (Vgl. Ders. 2014b).

b) Peru als Partner im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich

Peru rückte in diesem Zusammenhang in den Fokus, da es einer der rohstoffreichsten und größten Förderländern der Erde ist: 2012 lag Peru bei der Produktion von Silber weltweit auf Platz zwei und bei Kupfer, Zink und Zinn jeweils auf Platz drei. Im selben Jahr importierte Deutschland aus Peru mineralische Rohstoffe im Wert von rund 815 Mio. Euro aus Peru. Davon entfielen zirka 70 % oder 575 Mio. Euro auf Kupfer, wodurch Peru für Deutschland der wichtigste Kupferlieferant ist. (BGR 2014) Daneben importiert Deutschland im Bereich der metallischen Rohstoffe Gold, Zinn, Zink, Eisen und Silber aus Peru. (Vgl. Misereor 2013: 32ff.) Neben dem Import von Rohstoffen bietet der Bergbausektor zudem einen Exportmarkt für deutsche Bergbau- und Umwelttechnologien. (Vgl. BGR 2014)

Die Rohstoffpartnerschaft mit Peru wurde jedoch von vielen Seiten kritisiert. 2009 machte der Bergbausektor 5,7 % des peruanischen BIP aus, war für 60 % der Exporteinnahmen und 21 % der ausländischen Direktinvestitionen verantwortlich. Beschäftigt sind in dem Bereich jedoch nicht einmal ein Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. (de Echave 2011: 69) Der Bergbausektor ist in Peru zudem generell schwach ausgeprägt. Das zuständige Ministerium für Energie- und Bergbau ist sowohl für die Ausweitung, also die Erteilung von Lizenzen und Konzessionen an Konzerne, als auch für die Kontrolle, z.B. Umweltstudien, des Bergbausektors zuständig. (Vgl. Lambert 2012: 20) Die Bündelung beider Aufgaben bei einem Ministerium macht es anfällig für Unregelmäßigkeiten im politischen Prozess. 2006 kontrollierte es lediglich acht von insgesamt über 4.000 vergebenen Konzessionen. (Ebd.)

Laut Angaben der *Defensoría del Pueblo* (Ombudsstelle) lassen sich über 60 % der mehr als 200 sozialen Konflikte auf den sozio-ökologischen Bereich zurückführen, die Mehrheit davon

auf den Bergbau. (de Echave 2011: 77) Eine zentrale Forderung an die peruanische Regierung ist die Einhaltung der Menschenrechte und das Mitbestimmungsrecht der lokalen Bevölkerung bei Abbauprojekten und Konzessionsvorgaben. (Vgl. Reckordt/Schwirkus 2013) Auf internationaler Ebene sind in diesem Kontext die Verabschiedung der Generalversammlung der VN über die Rechte indigener Völker und die 1989 überarbeitete Konvention 169 über die Rechte der indigenen Völker der ILO bedeutend. Beide Vereinbarungen erkennen die besonderen Rechte indigener Völker zu ihrem traditionell angestammten Gebieten an. Um ihre Lebensweisen und kulturellen Lebensweisen zu schützen, werden ihnen weitreichende Mitbestimmungsrechte bei allen Angelegenheiten betreffend ihrem angestammten Land eingeräumt. (Vgl. Amnesty International 2014) Peru hat die ILO-Konvention 169 zwar unterzeichnet, jedoch bestehen weiterhin Defizite bei der Umsetzung. Streitpunkt bei der *consulta previa*, der verpflichtenden Vorabkonsultation indigener Völker, ist in Peru die Frage, welche Völker als indigen gelten und damit auch konsultiert werden müssen. (Vgl. Willer 2013: 4) Amnesty International forderte die Bundesregierung im Zuge der geschlossenen Rohstoffpartnerschaft mit Peru daher, auf die ILO-Konvention 169 ebenfalls zu ratifizieren und seiner Verantwortung der extraterritorialen Staatenpflicht nachzukommen. (Vgl. Amnesty International 2014)

4.2.2 Wirtschaftliche Dimension

a) Handelsbeziehungen

Deutschland ist nach der Schweiz der zweitwichtigste Handelspartners Perus in Europa und der wichtigste innerhalb der EU. (Vgl. Baldow 2012) Das Gesamthandelsvolumen zwischen beiden Staaten bewegt sich um die Marke von 2 Mrd. Euro:

	2011*	Veränderung z. Vorjahr	2012*	Veränderung z. Vorjahr	2013*	Veränderung z. Vorjahr
Dt. Einfuhren	1.419,4	8,7%	1.477,5	4,1%	1.003,8	-32,1%
Dt. Ausfuhren	764,1	23,8%	948,1	24,1%	957,0	0,9%
Gesamtvolumen	2.183,5		2.425,6		1.960,8	
Saldo	-655,3		-529,4		-46,8	

* in Mio. Euro

(GTAI 2014b: 4)

Nach dem Rekordhoch im Jahr 2012 mit knapp über 2,4 Mrd. Euro blieb das Gesamthandelsvolumen 2013 knapp unter der 2 Mrd. Euromarke. Auffällig ist, dass sich der Handelsbilanzsaldo zunehmend zugunsten Deutschlands entwickelt. In den Jahren 2011 und

2012 ließ sich diese Entwicklung insbesondere auf die erhöhten deutschen Ausfuhren nach Peru im Vergleich zum Vorjahr zurückführen. 2013 blieben die deutschen Ausfuhren beinahe auf demselben Niveau wie im Jahr zuvor, jedoch sanken die deutschen Einfuhren aus Peru um 32,1 % im Vergleich zu 2012. Der Halbjahreswert für das Jahr 2014 zeigt in eine ähnliche Richtung und deutet ein abermals verringertes Handelsvolumen an (deutsche Einfuhren: 433,0 Mio. Euro (-7,5 %); deutsche Ausfuhren: 482,9 Mio. Euro (+10,3 %)). (GTAI 2014b: 4) Zudem wird es wohl das erste Mal seit 2001 wieder zu einem Handelsbilanzüberschuss zugunsten Deutschlands kommen. (Vgl. Novak 2012: 184)

Deutschland lag mit jeweils knapp über 2 % der Gesamtimporte und -exporte unter den zehn Hauptliefer- und Hauptabnehmerländern Perus. Andersherum lag Peru im Jahr 2013 als Abnehmer deutscher Produkte auf Platz 68 und als Lieferland auf Platz 62 der deutschen Handelsbeziehungen. (GTAI 2014b: 3f.) Deutschland ist aus handelspolitischer Sicht damit sehr viel wichtiger für Peru als dies andersherum der Fall ist. Inwieweit das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Peru und die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich (siehe Kap. 4.2.1) zu einer Veränderung dieser Situation führen wird, bleibt abzuwarten.

Deutschland importiert aus Peru vorwiegend Nahrungsmittel (46,1 %; Spargel, Fischmehl, Kaffee), Rohstoffe und Metalle (37,4 % und 10,5 %) sowie Textilien/Bekleidung (3,1 %) und chemische Erzeugnisse (1,7 %). Bei den deutschen Exporten nach Peru dominieren Maschinen (30,7 %), Autos und Autoteile (21,3 %), chemische Erzeugnisse (13,8 %) und Elektrotechnik (7,4 %). (Ebd.: 4) In dieser Struktur ähnelt der Außenhandel Deutschlands mit Peru dem mit Brasilien. Rechnet man bei den deutschen Einfuhren peruanischer Produkte Rohstoffe und Nahrungsmittel zusammen, entfallen auf Primärgüter über 70 % der peruanischen Erlöse im Außenhandel mit Deutschland. In dieser Struktur des bilateralen Außenhandels zwischen beiden Staaten spiegelt sich die Komplementarität der peruanischen zur deutschen Wirtschaft wider. In diese Richtung zielen auch das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Peru und die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich.

b) Kapitalverflechtungen und deutsche Akteure in Brasilien

Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in Peru betrug 2013 383 Mio. Euro, wobei der Nettotransfer seit 2010 jeweils negativ war (2011: -51; 2012: -40; 2013: -91 Mio. Euro). (Ebd.) Zu dem Bestand peruanischer Direktinvestitionen in Deutschland konnten keine Angaben ermittelt werden. Dasselbe gilt für die Tätigkeit peruanischer Unternehmen in Deutschland. Hierfür konnten keine relevanten Aktivitäten ausgemacht werden. Andersherum sind einige der größten deutschen Unternehmen seit den 1950er Jahren in Peru aktiv. Hierzu zählen Faber Castell Perú²⁸, Bayer del Perú S.A.²⁹, BASF Perú³⁰ oder der deutsche Flughafenbetreiber Fraport. (Vgl. Novak 2012: 181) Letzterer besitzt eine Konzession für den Betrieb des *Aeropuerto Internacional Jorge Chávez*, den internationalen Flughafen in der Hauptstadt Lima. Hier bestehen Pläne zum Bau einer zweiten Start- und Landebahn und den Bau eines neuen Terminals. (Vgl. El Peruano 2014) Die Außenwirtschaft wird durch die 1968 gegründete AHK in Lima vertreten.³¹ Seit 1983 bietet die Deutsch-Peruanische Industrie- und Handelskammer zusammen mit dem Institut Alexander-von-Humboldt das Programm der dualen Berufsschulbildung an, das sich an das in Deutschland praktizierte Modell anlehnt. Angeboten werden die drei Ausbildungsberufe Bürokauffrau/-mann, Industriekaufrau/-mann und Kauffrau/-mann im Groß- und Außenhandel. (Vgl. AHK Peru 2014) Seit 1997 ist ein deutsch-peruanisches Investitionsschutzabkommen in Kraft. Ein bilaterales Doppelbesteuerungsabkommen gibt es bislang nicht. (Vgl. AA 2014c)

4.2.3 Entwicklungspolitische Dimension

Peru ist traditionell ein Schwerpunktland der deutschen EZ. Deutschland wiederum zählt zu den wichtigsten bilateralen Kooperationspartnern in Peru. (Vgl. Deutsche Botschaft Lima 2014g) Seit Beginn der bilateralen Zusammenarbeit hat das Land im Rahmen der FZ und TZ zirka 2 Mrd. Euro an Gesamtleistungen erhalten. (AA 2014c) Im Ranking der Jahre 2000 bis 2011 wurden in Peru 2.500 Projekte der deutschen EZ durchgeführt. Dabei wurden knapp über 1,1 Mrd. USD aufgewandt. Peru stand in dem genannten Zeitraum auf Platz 19 von 181 Empfängerländern deutscher ODA. Die Schwerpunkte der Projekte lagen im Bereich Wasser (ca. 115 Mio. USD), Umweltschutz (ca. 43 Mio. USD) und Schuldenerlass (ca. 40 Mio. USD). (Open Aid Data 2014b) In der Rangliste des BMZ lag Peru im Jahr 2012 auf Platz 15

28 <http://www.faber-castell.com.pe>

29 <http://www.bayerandina.com>

30 <http://www.basf.com.pe>

31 <http://peru.ahk.de/>

von 148 und war nach Brasilien das größte Empfängerland deutscher ODA in Lateinamerika. Jedoch erhält Peru heruntergerechnet auf seine Bevölkerungszahl die höchsten ODA-Leistungen pro Kopf in Lateinamerika (Peru: 3,27 Euro, Brasilien: 0,60 Euro). (BMZ 2014a) Für die Jahre 2014 und 2015 machte Deutschland Zusagen von insgesamt 200 Mio. Euro. Diese teilen sich auf Umweltschutz- und Wasserprojekte (151 Mio. Euro), Schutz des Tropenwaldes (30 Mio. Euro), Projekte zur transparenteren und bürgernahen Gestaltung der öffentlichen Verwaltung (14 Mio. Euro) und nachhaltige Forstwirtschaft (5 Mio. Euro) auf. (Peru-econ 2014)

Nach Angaben der deutschen Botschaft Lima werden die Entwicklungsprojekte der staatlichen deutschen EZ von den Durchführungsorganisationen KfW (FZ) sowie GIZ, PTB und BGR (TZ) durchgeführt. (Vgl. Deutsche Botschaft Lima 2014c) Darüber hinaus fördert das BMZ Projekte deutscher politischer Stiftungen (FES, KAS, HSS), NROs (Deutsche Welthungerhilfe, Brot für die Welt), von Unternehmen und Wirtschaftsträgern oder des Zivilen Friedensdienstes. (Vgl. Ders. 2014b) Zudem ist Peru mit zirka 200 Freiwilligen eines der Hauptpartnerländer des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes *weltwärts*³². (Vgl. Ders. 2014i)

Das heutige Portfolio der deutsch-peruanischen Entwicklungskooperation ähnelt weit mehr als der deutsch-brasilianischen einer klassischen Zusammenarbeit im Entwicklungsbereich. In Absprache mit der peruanischen Regierung konzentriert sich die EZ Deutschlands mit Peru auf drei Bereiche. Eine Besonderheit in der deutsch-peruanischen Entwicklungskooperation stellt zudem der deutsch-peruanische Gegenwartfonds dar.

a) Demokratie, Zivilgesellschaft und Öffentliche Verwaltung

Die deutsche bilaterale EZ unterstützt den peruanischen Staat bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen. Hauptziel ist der verbesserte Zugang ärmerer Bevölkerungsschichten zu einem effizienteren öffentlichen Dienstleistungssystem. Deutschland unterstützt Peru bei Reformen und Umstrukturierungen von Sozialprogrammen, des Strafrechts und Justizwesens, des öffentlichen Dienstes oder öffentlicher Kontrollmechanismen. (Vgl. BMZ 2014c) Die GIZ ist diesem Zusammenhang an den beiden Projekten *„Gute Regierungsführung und*

32 <http://www.weltwaerts.de>

*Staatsreform*³³ und „*Unterstützung der Umsetzung des Konsultationsrechts indigener Völker als Beitrag zur Konfliktprävention*“³⁴ beteiligt. (Vgl. GIZ 2014b) Kooperationspartner sind im Allgemeinen das peruanische Wirtschafts- und Finanzministerium, das Ministerium für Entwicklung und Soziale Inklusion, das Justizministerium, die Nationale Planungsbehörde aber auch zahlreiche Gemeinden und Regionalregierungen. (Vgl. Deutsche Botschaft Lima 2014d) Darüber hinaus beteiligt sich die deutsche EZ am Aufbau einer nationalen Gedenkstätte für die Opfer des internen bewaffneten Konflikts (*Lugar de la Memoria, la Tolerancia y la Inclusión Social*) in den Jahren 1980 bis 2000. (Vgl. Ebd.)

b) Nachhaltige ländliche Entwicklung, Management der natürlichen Ressourcen und Klimawandel

Peru besitzt die viertgrößte Tropenfläche weltweit und eine hohe Vielfalt an Flora und Fauna. Vielfältige Probleme, wie illegaler Holzeinschlag, unkontrollierte Ausdehnung landwirtschaftlicher Flächen oder der informelle Bergbau, gefährden jedoch die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlage der ländlicher Bevölkerung. Das Ziel der deutschen EZ ist es daher Peru bei dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen sowie dem Erhalt der biologischen Vielfalt zu unterstützen. (Vgl. BMZ 2014c) Darin inbegriffen sind die Einrichtung und das Management von Schutzgebieten, Pufferzonen und Wassereinzugsgebieten und die Erarbeitung eines Konzepts zur nachhaltigen und umweltschonenden Bewirtschaftung des Tropenwaldes. (Vgl. Ebd.) Die GIZ ist in diesem Zusammenhang an dem Projekt „*Beitrag zu den Umweltzielen Perus (PROAMBIENTE)*“³⁵ beteiligt. (Vgl. GIZ 2014b) Kooperationspartner sind im Allgemeinen das peruanische Umweltministerium und dessen nachgeordnete Behörden für Schutzgebiete, Umweltgenehmigungen und Umweltkontrolle, das Landwirtschaftsministerium oder Regionalregierungen. (Vgl. Deutsche Botschaft Lima 2014e)

Zunehmende Bedeutung nehmen in den Beziehungen zudem Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ein. Beide Länder führen dazu einen Dialog zur Umsetzung der Klimarahmenkonvention der VN. (Vgl. BMZ 2014c) Im Rahmen dieses Dialogs unterzeichneten beide Regierung zusammen mit Norwegen am Rande des UN-Sondergipfels zum Klimaschutz in New York am 23. September 2014 eine Absichtserklärung zum Regenwaldschutz in Peru. Peru erklärt sich darin bereit bis zum Jahr 2021 seine Landnutzung

33 <http://www.gobernabilidad.org.pe/> und <http://www.giz.de/de/weltweit/13341.html>

34 <http://www.consulta-previa.org.pe/> und <http://www.giz.de/de/weltweit/13344.html>

35 <http://www.proambiente.org.pe/> und <http://www.giz.de/de/weltweit/13376.html>

und Forstwirtschaft klimaneutral zu gestalten und die Landrechte indigener Bevölkerungen anzuerkennen und auszuweiten. Norwegen sicherte bis 2020 300 Millionen USD zu. Deutschland möchte seine bisher bereits getätigten Zusagen in diesem Bereich je nach Fortschritt der Ziele überprüfen und gegebenenfalls aufstocken. (Vgl. BMU 2014: 1)

c) Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung

Nach Angaben der Weltbank haben 65 % der peruanischen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser und 71 % verfügen über eine geregelte Abwasserentsorgung. Es wird erwartet, dass Peru durch die Verbesserungen der letzten Jahre in diesem Bereich die Millenniumsziele in der Trinkwasserversorgung erreichen wird. (BMZ 2014c) Problematisch ist jedoch weiterhin das Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land. Nicht überall sind Abwassersysteme und Kläranlagen vorhanden. Nur 65 % der ländlichen Bevölkerung verfügen über eine verbesserte Wasserversorgung und nur 37 % über eine angemessene Sanitärversorgung. (Ebd.) Das vorrangige Ziel der Kooperation zwischen Deutschland und Peru ist es daher die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung ärmerer Bevölkerungsschichten dauerhaft zu verbessern. Dazu berät die deutsche EZ die peruanische Regierung bei der Ausarbeitung eines gesetzlichen Rahmens zur Regulierung des Wassersektors. Versorgungsunternehmen werden bei der Einführung eines effizienten Managements, der Erneuerung ihrer Technik und der Reduzierung ihrer Wasserverluste unterstützt. Zudem werden die Anstrengungen zum Aufbau eines dualen Ausbildungssystems für Wasser- und Abwassertechniker und der (Aus-)Bau und die Erneuerung von Trinkwasserversorgungssystemen, Abwassernetzen und Kläranlagen begleitet und gefördert. (Vgl. Deutsche Botschaft Lima 2014f) Die GIZ war in diesem Zusammenhang an dem von 2002 bis 2014 durchgeführten Projekt „*Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Städten PROAGUA*“³⁶ beteiligt. (Vgl. GIZ 2014b) Dieses soll ab 2015 im Rahmen des Programms PROAGUA II fortgeführt werden. (Vgl. Deutsche Botschaft Lima 2014h) Kooperationspartner sind im Allgemeinen das peruanische Ministerium für Wohnungsbau, Bauwesen und Siedlungswirtschaft, die Nationale Wasseraufsichtsbehörde oder zahlreiche lokale Wasserversorgungsbetriebe. (Vgl. Ders. 2014f) Nach Angaben des BMZ wurden bis heute durch zahlreiche Projekte und Maßnahme die Lebensbedingungen von mehr als drei Millionen Menschen verbessert. (Vgl. BMZ 2014c)

36 <http://www.proagua.org.pe/> und <http://www.giz.de/de/weltweit/13350.html>

d) Deutsch-peruanischer Gegenwertfonds³⁷

Der deutsch-peruanische Gegenwertfonds GWF (*Fondo Contravalor Perú – Alemania* (FPA)) geht auf ein Umschuldungsabkommen zwischen Deutschland Peru aus dem Jahr 1997 zurück. Deutschland erließ Peru damit einen Teil seiner öffentlichen Schulden. Peru verpflichtete sich im Gegenzug 40 % der Erlasssumme für Vorhaben des Umweltschutzes oder der Armutsbekämpfung einzusetzen. (Vgl. Ashoff et al. 2012: 1) Eine der Vereinbarungen führte 1999 zu Gründung des GWF mit dem Ziel, Projekte in den Schwerpunktbereichen der deutsch-peruanischen Entwicklungskooperation zu fördern. (Vgl. Ebd.: 14) 2002 wurde ein Abkommen über die Verwendung der erlassenen Schulden abgeschlossen. Darin wurde vereinbart 17 Mio. USD direkt in den GWF einzubezahlen. 2003 wurde die erste Projektphase begonnen, die bis 2008 andauerte. 2008 wurde eine zweite Projektphase von 2009 bis 2015 ausgehandelt. In dieser Phase stehen insgesamt 26,15 Mio. USD für die Förderung zur Verfügung. (Vgl. Ebd.: 1) Ziel des GWF ist es die Entwicklung in Gebieten zu fördern, die besonders von Armut betroffen sind. Zur Ermittlung der jeweiligen Regionen werden Daten des peruanischen *Instituto Nacional de Estadística e Informática* (INEI), einem Äquivalent des deutschen statistischen Bundesamts, verwendet. (Vgl. Ebd.: 42)

Eine Besonderheit des GWF stellt seine Organisationsstruktur dar. Diese ist dreiseitig besetzt: Er wird von einem drittelparitätischen Aufsichtsrat geleitet, in dem die peruanische Regierung (Wirtschaftsministerium und Aufsichtsagentur für die EZ (APCI)), die peruanische Zivilgesellschaft (Rundtisch zur Armutsbekämpfung und Rektorenkonferenz) sowie die BRD (Botschaft und KfW) vertreten sind. Auf der Durchführungsebene wird er von einem deutschen und peruanischen Kodirektor geleitet. (Vgl. Deutsche Botschaft Lima 2014a) Durch diese dreigeteilte Prüfung von Projektanträgen wird eine Mittelfehlverwendung reduziert. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Vertreter fördert zudem die Legitimität und Transparenz der Arbeit des GWF sowie die Ausrichtung der Projekte am Gemeinwohl. (Vgl. Ashoff et al. 2012: 3) Der GWF ist zudem eine Organisation des privaten Rechts, dessen Finanzmittel nicht dem peruanischen Haushaltsrecht unterliegen. Auf die eingezahlten Finanzmittel haben ausschließlich Vertreter des GWF Zugriff. (Vgl. Ebd.: 16)

37 <http://www.fcpa.org.pe/>

In der ersten Projektphase wurden insgesamt 223 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 22 Mio. USD umgesetzt. Der GWF trug dazu mit 14,6 Mio. USD bei. Der durchschnittliche Eigenbetrag der begünstigten Gemeinden und der Bevölkerung lag mit rund 33 % der Gesamtkosten über dem geforderten Mindestsatz von 20 %. (Deutsche Botschaft Lima 2014a) Die von Ashoff et al. am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) durchgeführte Studie bescheinigt dem GWF insgesamt eine nachhaltig positive Wirkung in verschiedenen Aspekten der Armutsbekämpfung. (Vgl. Ashoff et al. 2012: 72ff.)

5. Vergleich der jeweiligen außenpolitischen Schwerpunktsetzung Deutschlands in den Beziehungen mit Brasilien und Peru³⁸

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die jeweiligen Schwerpunktsetzungen der Beziehungen Deutschlands zu Brasilien und Peru dargestellt worden sind, steht in diesem Kapitel der direkte Vergleich im Vordergrund. Hierfür sollen die drei Dimensionen jeweils nochmal einzeln betrachtet werden. Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass die Beziehungen Deutschlands zu den beiden lateinamerikanischen Staaten sehr vielfältig sind und in allen Bereichen auf lange bestehende historische Gegebenheiten aufbauen. Deutschland genießt in den beiden Ländern zudem einen guten Ruf, was unter anderem auf die Einwanderungswellen und die Erschließung zuvor noch unbewohnter Gebiete zurückzuführen ist. Im Falle Brasiliens beherbergen noch heute die südlichen Gebiete und im Falle Perus Gebiete am Ostabhang der Anden zahlreiche Ortschaften, in denen der deutsche Einfluss noch immer präsent ist.

5.1 Diplomatische Dimension

Weder auf deutscher noch auf brasilianischer und peruanischer Seite nehmen die gegenseitigen Beziehungen eine Spitzenposition ein. Deutsche Außenpolitik richtet sich zuerst auf Europa und die transatlantische Partnerschaft zu den USA. Die Themenfelder sind dabei in erster Linie Freihandel und globale Sicherheitsinteressen.

Brasilien fokussiert aktuell die Staaten Lateinamerikas, Afrikas und andere Schwellenländer wie die der BRICS-Gruppe. Das Ziel Brasiliens ist zuerst machtpolitische Natur, da das Land seine wichtigere weltpolitische Rolle auch in internationalen Regimen abgebildet sehen möchte. Das Interesse besteht aber auch hinsichtlich demokratischer Strukturen, was die

³⁸ Soweit nicht anders angegeben, handelt es sich in diesem Kapitel um bereits in den Kapiteln 4.1 und 4.2 angegebene Informationen und Daten sowie eigene Überlegungen und Erklärungsversuche.

Verteilung der Stimmengewichte in internationalen Organisationen zwischen Industrieländern und den Ländern des Globalen Südens anbelangt. Brasilien sieht sich in diesem Zusammenhang als Sprecher dieser Länder und möchte die Kluft zwischen Nord und Süd schließen und das internationale System demokratischer gestalten. Peru konzentriert sich ebenfalls vermehrt auf seine Nachbarstaaten, wenn auch mit geringeren Radius als dies Brasilien tut. Auffallend ist, dass Peru eine liberale Freihandelspolitik gegenüber seinen Partnern – sei es in der APEC, der CAN oder der Pazifik-Allianz – verfolgt und seine internationalen Zusammenschlüsse vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind. Dies bestätigen die Freihandelsabkommen mit den USA und der EU. Dieser wirtschaftliche Fokus entspringt wohl dem innerstaatlichen Entwicklungsinteresse, beispielsweise um Sozialprogramme zu finanzieren oder demokratische Strukturen zu stärken. Für Brasilien stellt eine derartige liberale Wirtschaftspolitik dagegen keine Antriebsfeder dar. Dies lässt sich dadurch untermauern, dass das Land bis heute nur in sehr geringem Maße bereit war politische Kosten für internationale Zusammenschlüsse zu übernehmen. Dies betrifft insbesondere eine Stärkung (sub-)regionaler Entscheidungsinstanzen auf Kosten der eigenen außenpolitischen Entscheidungsfreiheit und Souveränität. (Vgl. Birle 2013a: 160) Ein gutes Beispiel ist hierbei die stockende Entwicklung des MERCOSUR/MERCOSUL. Zudem kann Brasilien für die Finanzierung seiner innerstaatlichen Programme auf einen großen Binnenmarkt zurückgreifen. Dadurch ist es auf weniger auf bilateralen Freihandel angewiesen, wie dies beispielsweise im Falle Perus der Fall ist.

Aus diesen jeweiligen Interessenlagen speisen sich auch die Beziehungen auf diplomatischer Ebene. Deutschland und Brasilien vereint in ihrer Zusammenarbeit insbesondere globale Themen, die sowohl ideeller als auch machtpolitischer Prägung sind.³⁹ Im Hinblick auf die Umgestaltung der *Global Governance* ist die Bilanz zweigeteilt. Beide Länder treten zwar für Reformen des VN-Systems als auch der internationalen Finanzinstitutionen ein, jedoch konnte wie gezeigt nur in ersten Fall eine strategische Koordinierung einer gemeinsamen Position festgestellt werden – wenn auch bisher ohne die gewünschten Effekte. Die Bilanz im Feld des *Klimawandels und der Energiezusammenarbeit* ist dagegen positiver. Hierfür spricht die Zusammenarbeit im Energiesektor, mit der ein noch engerer Austausch in den Themenfeldern erneuerbare Energien und Energieeffizienz erzielt werden soll.

³⁹ Ideell in diesem Zusammenhang vor allem deshalb, da sich Deutschland und Brasilien beispielsweise zwar einerseits für eine demokratischere Ausgestaltung des VN-Systems aussprechen, für sich machtpolitisch jedoch in diesem demokratischeren System eine wichtigere Rolle beanspruchen.

Im Gegensatz dazu ist die Zusammenarbeit Deutschlands mit Peru durch (Frei-)Handelsinteressen geprägt. Peru wurde sowohl durch das *Freihandelsabkommen mit der EU* als auch durch die *Rohstoffpartnerschaft* mit Deutschland als Zulieferland für wichtig geltende Rohstoffe gebunden. Im Gegensatz dazu verspricht sich das Land durch die Exporte Einnahmen, um seine Entwicklung weiter vorantreiben zu können. Inwieweit die EU und Deutschland damit jedoch innerstaatlichen Konflikten Vorschub leisten, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

5.2 Wirtschaftliche Dimension

Obwohl auf diplomatischer Ebene mit Peru auch wirtschaftliche Interessen verfolgt werden, ist die wirtschaftliche Dimension der deutsch-brasilianischen Beziehungen sehr viel weitreichender und größer als die der deutsch-peruanischen Beziehungen. Das *Gesamthandelsvolumen* Deutschlands mit Brasilien (zirka 20 Mrd. Euro) lag 2013 in etwa zehnmal so hoch wie das mit Peru (zirka 2 Mrd. Euro). Einen noch größeren Abstand gibt es bei den *Direktinvestitionen*. Brasilien liegt in diesem Feld bei 23,8 Mrd. Euro, Peru bei lediglich 383 Mio. Euro im Jahr 2013. Zudem sind in Brasilien weitaus mehr deutsche Unternehmen tätig als dies in Peru der Fall ist. In Brasilien sichern deutsche Unternehmen ungefähr 250.000 Arbeitsplätze und der Großraum São Paulo ist der wichtigste deutsche Wirtschaftsstandort weltweit außerhalb von Deutschland. All diese Zahlen dürfen jedoch nicht zu dem Irrglauben verleiten, Peru führe lediglich ein Schattendasein. Brasilien überragt die anderen Nationen Lateinamerikas insbesondere aufgrund seiner nicht zu leugnenden geographischen und demographischen Größe. Verglichen mit Peru liegt das BIP Brasiliens rund vierzehnmal so hoch und auch die Einwohnerzahl ist knapp siebenmal so groß. Auch wenn diese Zahlen nicht alle Differenzen erklären, relativieren sie doch einige davon.

Gemeinsam ist beiden Ländern jedoch die jeweilige *Asymmetrie in den wirtschaftlichen Beziehungen* zu Deutschland und das *Portfolio der Handelswaren*. Deutschland stellt sowohl für Brasilien als auch für Peru einen wichtigeren Handelspartner dar, als dies andersherum der Fall ist. Deutschland rangierte 2013 auf Platz vier der wichtigsten Lieferländer Brasiliens und auf Rang sechs der wichtigsten Abnehmerländer. Für Peru lag Deutschland in den letzten Jahren sowohl als Abnehmer als auch als Lieferant von Gütern jeweils unter den zehn wichtigsten Ländern. Andersherum lag Brasilien für Deutschland auf Rang 23 (Zulieferer) und 26 (Abnehmer) und Peru auf Rang 62 (Zulieferer) und 68 (Abnehmer). Für Deutschland

würden verringerte Handelsvolumina auf den ersten Blick somit weit weniger gesamtwirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen, als dies für Brasilien und Peru der Fall wäre. Des Weiteren ist deutlich geworden, dass beide Ländern mit jeweils um die 70 % vor allem Primärgüter – Rohstoffe und Nahrungsmittel – nach Deutschland exportieren. Andersherum importieren beide Länder jeweils vorwiegend Maschinen, Autos und Autoteile oder chemische Erzeugnisse. In beiden Fällen spiegelt sich die bereits erwähnte Komplementarität der beiden Länder zur deutschen Wirtschaft wider. Im Falle Perus ist dies jedoch weniger bemerkenswert als im Falle Brasiliens. Die Rolle eines Zulieferlandes für Industrienationen lässt sich nur schwerlich in Einklang bringen mit der beanspruchten Rolle eines *global player*.

5.3 Entwicklungspolitische Dimension

Mit beiden Ländern unterhält Deutschland bereits seit den 1960er-Jahren Kooperationen der Entwicklungszusammenarbeit. Beide Länder belegen in diesem Kontext Spitzenplätze und bilden Schwerpunkte. Peru hat seit den Anfängen der Zusammenarbeit rund 2 Mrd. Euro an ODA-Leistungen aus Deutschland erhalten, Brasilien rund 1,5 Mrd. Euro. Und dies obwohl Brasilien knapp siebenmal so viele Einwohner hat als Peru.

Die weltpolitisch gewandelte Rolle Brasiliens veranlasste Deutschland 2006 seine entwicklungspolitische Agenda gegenüber Brasilien zu überarbeiten. Die Zusammenarbeit steht seitdem unter dem Primat einer *Partnerschaft für globalen Umwelt- und Klimaschutz*. Wie in den beiden anderen untersuchten Dimensionen wird auch hier die globale Dimension der Kooperation deutlich. Brasilien ist kein klassisches Land der Entwicklungszusammenarbeit mehr, sondern nimmt eine Sonderstellung in Lateinamerika ein. Bei der Analyse der Schwerpunkte wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit Deutschlands mit Brasilien vorwiegend auf eine dezidierte Kooperationsstrategie setzt. Gemeinsame Projekte bauen auf bereits bestehendem Wissen im Land auf, welches durch die Zusammenarbeit weiterentwickelt werden soll. In diese Richtung zielt auch die beschriebene *Dreieckskooperation*, in denen Deutschland und Brasilien Wissen in die Zusammenarbeit einbringen, um entwicklungspolitisch relevante Projekte zu Gunsten eines dritten Landes durchzuführen. Auch hier wird der multilaterale Charakter der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern deutlich.

Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der entwicklungspolitischen Kooperation wohl auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen. Besonders nahe liegend ist dies im Themenfeld des *städtisch-industriellen Umweltschutzes und Energie beziehungsweise erneuerbare Energien und Energieeffizienz*. Deutschland ist eine der führenden Nationen was alternative Energietechnologien anbelangt. Neben dem Angebot an Beratung gilt es in diesem Zusammenhang auch diese Technologien wirtschaftlich gewinnbringend abzusetzen. Brasilien treibt dagegen die nachhaltige und klimaneutrale Elektrifizierung des Landes voran. Diese dient zum einen sicherlich dem Klimaschutz, zum anderen aber auch der Armutsminderung und damit der Schaffung einer kaufkräftigeren Bevölkerung.

Dagegen stellen die Schwerpunkte mit Peru eine dem Alltagsverständnis näher liegende Ausformulierung von EZ dar. In der Zusammenarbeit mit Peru liegt ein Fokus noch immer auf einer *demokratischen Stabilisierung* des Landes, welche nach dem internen bewaffneten Konflikt der Jahre zwischen 1980 und 2000 weiterhin nicht gesichert ist. Ziel ist es die Leistungsfähigkeit der staatlichen Einrichtungen zu stärken und sie in der Bevölkerung zu legitimieren. Im Themenfeld der *Trinkwasser- und Abwasserversorgung* kommt zudem die Notwendigkeit der Verbesserung in diesem Bereich zum Ausdruck. Problematisch ist weiterhin das Ungleichgewicht der Versorgung zwischen Stadt und Land, insbesondere der höher gelegenen Andenregionen, als auch ein effizientes (Ab-) Wassermanagement. Mit dem *GWF* besteht in der Zusammenarbeit zudem ein einmaliges Instrument, um direkt vor Ort anzusetzen und dem Entwicklungsinteresse Perus Rechnung zu tragen. Mögen diese Projekte im gesamten Kontext der Entwicklungszusammenarbeit zwar marginal sein, tragen sie doch vor Ort direkt und schnell zu einer Verbesserung der Lebenssituation bei und fördern zudem die Fähigkeit, Verbesserungen selbst voranzutreiben und vorzunehmen. Mit dem Themenfeld des *Managements natürlicher Ressourcen und Klimawandel* wurde in die Zusammenarbeit zudem ein globales Thema integriert, wenn auch mit geringerer Reichweite als dies mit Brasilien geschieht.

6. Fazit: Einheitliche und differenzierte deutsche Außenpolitik gegenüber Lateinamerika!

Nach der Analyse der Beziehungen Deutschlands zu Brasilien und Peru stellt sich nun die Frage, was dies schlussendlich hinsichtlich der eingangs gestellten Frage bedeutet. In allen drei Dimensionen liegen sowohl Gemeinsamkeiten, als auch Unterschiede vor. Diese Unterschiede sind hauptsächlich Folgen des unterschiedlichen Entwicklungsstandes beider Länder. Zwar sind beispielsweise Armut und Verteilungsprobleme in Brasilien ebenfalls noch weit verbreitet, jedoch stellt sich die gesamtwirtschaftliche Situation und Perspektive positiver dar als in Peru. Daraus folgt, dass sich die Zusammenarbeit mit Brasilien vorwiegend auf die Kooperation zur Bearbeitung globaler Problemfelder konzentriert. Brasilien wird von deutscher Seite als ein neuer globaler Partner, eine neue *Gestaltungsmacht*, wahrgenommen. Die Zusammenarbeit ist demnach nicht nur als Anerkennung für Leistungen, die Brasilien in den letzten Jahren vollbracht hat, zu sehen. Ebenso stellt sie vor dem zu erwartenden weltpolitischen Bedeutungsverlust Europas auch eine Zukunftsvorsorge in eigener Sache dar, um auch weiterhin weltpolitische Entscheidung mitgestalten zu können. Demgegenüber geht die Zusammenarbeit mit Peru vorwiegend innerstaatliche Problemfelder an, die mit dem peruanischen Entwicklungsinteresse konform sind. Handlungs- und Verbesserungsbedarf besteht diesbezüglich jedoch noch bei der Vereinigung von wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Interessen. Wirtschaftliche Entwicklung sollte nicht ein Ziel an sich darstellen, sondern sollte zuvorderst den Menschen und der Umwelt dienen und weder deren Ausbeutung noch Zerstörung Vorschub leisten.

Zusammenfassend kann die Frage nun damit beantwortet werden, dass Deutschland gegenüber Lateinamerika sowohl eine einheitliche *als auch* differenzierte Politik betreibt. Die Ausgestaltung der jeweiligen Beziehungen, und nicht nur die zu den lateinamerikanischen Staaten, ist wie gezeigt von vielen Faktoren abhängig. Dazu zählen unter anderem der Entwicklungsstand eines Landes, dessen weltpolitische Position als auch seine eigenen innerstaatlichen Interessen und Gegebenheiten. Brasilien stellt im lateinamerikanischen Kontext mit seiner herausgehobenen neuen globalen Rolle sicherlich eine Besonderheit in der Zusammenarbeit Deutschlands mit den Staaten Lateinamerikas dar. Kein anderes Land des Kontinents ist dermaßen in weltpolitische Entscheidungsfindungen eingebunden. Es kann daher wohl davon ausgegangen werden, dass das Gegenbeispiel Peru eher einem typischen Beispiel deutsch-lateinamerikanischer Beziehungen gleichkommt, was im Hinblick auf

Schwerpunktsetzung mit anderen Ländern vergleichbar ist. Entwicklungspolitische Themen wie die demokratische Stabilisierung des Staates spielen auch in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten eine wichtige Rolle. Die Zusammenarbeit beim Tropenwaldschutz dagegen nur in Staaten, die auch tatsächlich Tropenwaldflächen besitzen. So besitzt jedes Land seine ganz eigenen Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte für die Gestaltung deutscher Außenpolitik gegenüber anderen Staaten.

7. Bibliographie

AA – Auswärtiges Amt (1993): Deutsche Lateinamerikapolitik 1993. Dokumentation, Bonn: Auswärtiges Amt.

AA – Auswärtiges Amt (2010): Deutschland, Lateinamerika und die Karibik: Konzept der Bundesregierung, Berlin: Auswärtiges Amt.

AA – Auswärtiges Amt (2012): Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung, Berlin: Auswärtiges Amt.

AA – Auswärtiges Amt (2014a): Brasilien. Außenpolitik, URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Brasilien/Aussenpolitik_node.html (letzter Zugriff: 30.10.2014).

AA – Auswärtiges Amt (2014b): Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland, URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Brasilien/Bilateral_node.html (letzter Zugriff: 30.10.2014).

AA – Auswärtiges Amt (2014c): Beziehungen zwischen Peru und Deutschland, URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Peru/Bilateral_node.html (letzter Zugriff: 30.10.2014).

AA – Auswärtiges Amt (2014d): Peru. Außenpolitik, URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Peru/Aussenpolitik_node.html (letzter Zugriff: 30.10.2014).

Abromeit, Heidrun (1995): Volkssouveränität, Parlamentsouveränität, Verfassungssouveränität: Drei Realmodelle der Legitimation staatlichen Handelns, in: Politische Vierteljahresschrift 36, Heft 1, S. 49-66.

AHK – Deutsche Auslandshandelskammern (2014): AHK Aufgaben, URL: <http://www.ahk.de/ueber-ahk/ahk-aufgaben/> (letzter Zugriff: 27.11.2014).

AHK Peru (2014): Duales Berufsbildungsprogramm, URL: <http://peru.ahk.de/personalmanagement/duales-berufsbildungsprogramm/> (letzter Zugriff: 29.12.2014).

Albarracín, Juan/Stehnken, Thomas (2010): Die politischen Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland, in: Costa, Sérgio et al. (Hrsg.): Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur, 2. vollständig neu bearbeitete Auflage, Madrid: Iberoamericana/Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, S. 643-654 [=Bibliotheca Ibero-Americana. Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Band 134].

Amnesty International (2014): Amnesty International zu deutsch-peruanischen Rohstoffabkommen, URL: <https://www.amnesty.de/2014/7/14/amnesty-international-zu-deutsch-peruanischem-rohstoffabkommen> (letzter Zugriff: 28.12.2014).

Ashoff, Guido et al. (2012): Wirkungsanalyse des Deutsch-Peruanischen Gegenwartsfonds, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH [=Studies, Band 70].

Baldow, Beate (2012): Die Regierung will bis 2016 über drei Millionen Peruaner aus der Armut holen – Interview mit dem Botschafter von Peru S.E. José Antonio Meier Espinosa, 02. August 2012, URL: <http://ifair.eu/think/die-regierung-will-bis-2016-u%CC%88ber-drei-millionen-peruaner-aus-der-armut-holen-interview-mit-dem-botschafter-von-peru-s-e-jose-antonio-meier-espinosa/> (letzter Zugriff: 29.12.2014).

Bartsch, Sebastian (2007): Politische Stiftungen, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 280-289.

BDI (2007): Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik. 2. BDI-Rohstoffkongress am 20. März 2007 in Berlin. Ergebnisbericht der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“, URL: www.braunkohle-forum.de/files/bdi-rohstoffbericht.pdf (letzter Zugriff: 28.12.2014).

Bernal-Meza, Raúl (2006): Cambios y continuidades en la política exterior brasileña, in: Lateinamerika Analysen, 13, S. 69-94.

Betzuege, Reinhard (2007): Auswärtiger Dienst, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 225-245.

BGR (2014): Peru, URL: http://www.bgr.bund.de/DERA/DE/Rohstoffinformationen/Rohstofflaenderkooperationen/Laender/Peru/peru_node.html (letzter Zugriff: 28.12.2014).

Birle, Peter (2013a): Brasilien als internationaler Akteur, in: Ders. (Hg.): Brasilien. Eine Einführung, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag/Madrid: Iberoamericana, S. 149-168 [=Bibliotheca Ibero-Americana. Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Band 151].

Birle, Peter (2013b): Die deutsch-brasilianischen Beziehungen, in: Ders. (Hg.): Brasilien. Eine Einführung, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag/Madrid: Iberoamericana, S. 271-290 [=Bibliotheca Ibero-Americana. Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Band 151].

BMU (2008): Bekanntmachung des deutsch-brasilianischen Abkommens über Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf erneuerbarer Energie und Energieeffizienz, Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

BMU (2014): Peru, Germany, Norway launch climate and forest partnership, Press release 23. September 2014, URL: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/waldpartnerschaft_gemeinsame_presseerklaerung_en_bf.pdf (letzter Zugriff: 20.10.2014).

BMWi (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), URL: <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung> (letzter Zugriff: 28.12.2014).

BMWi (2011): Erste Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei unterzeichnet, Pressemitteilung vom 13.10.2011, URL: <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=445576.html> (letzter Zugriff: 28.12.2014).

BMWi (2012): Rohstoffpartnerschaft mit Kasachstan unterzeichnet, Pressemitteilung vom 08.02.2012, URL: <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=474650.html> (letzter Zugriff: 28.12.2014).

BMWi (2013): Deutsch-Chilenische Rohstoffpartnerschaft vereinbart, Pressemitteilung vom 26.01.2013, URL: <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=547974.html> (letzter Zugriff: 28.12.2014).

BMWi (2014a): Brasilien – Wirtschaftliche Beziehungen, URL: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/laenderinformationen,did=490374.html> (letzter Zugriff: 09.12.2014).

BMWi (2014b): Rohstoffpartnerschaft mit Peru abgeschlossen, Gemeinsame Pressemitteilung vom 14.07.2014, URL: <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=646314.html> (letzter Zugriff: 28.12.2014).

BMZ (2007). Partnerschaft mit Brasilien für globalen Umwelt- und Klimaschutz: Entwicklungspolitik wird Brasiliens neuer Rolle als globaler Akteur angepasst, URL: http://www.bmz.de/de/presse/pm/2007/november/pm_20071123_135.html (letzter Zugriff: 13.12.2014).

BMZ (2011): Deutsche Entwicklungspolitik in Lateinamerika und der Karibik. Regionalkonzept des BMZ zur entwicklungspolitischen Konkretisierung des Lateinamerikakonzepts der Bundesregierung, Bonn: BMZ.

BMZ (2013): Dreieckskooperationen in der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Positionspapier, BMZ-Strategiepapier 5/2013, Bonn: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), URL: http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier329_05_2013.pdf (letzter Zugriff: 07.01.2015).

BMZ (2014a): Bilaterale ODA - Rangliste 2012, Stand: 08.01.2014, URL: http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/leistungen/bilaterale_oda_rangliste_2012/index.html (letzter Zugriff: 30.12.2014).

BMZ (2014b): Brasilien. Situation und Zusammenarbeit, URL: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/lateinamerika/brasilien/zusammenarbeit/index.html (letzter Zugriff: 30.10.2014).

BMZ (2014c): Peru. Situation und Zusammenarbeit, URL: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/lateinamerika/peru/zusammenarbeit/index.html (letzter Zugriff: 30.10.2014).

Bodemer, Klaus (2012): Der politische Dialog zwischen Europa und Lateinamerika. Kritische Bilanz und Vorschläge für seine Neubelebung, in: Wörner, Daniela Marie/Roensch, Annette (Hrsg.): (Un)abhängig?! Beziehungen zwischen Lateinamerika und der EU, Frankfurt am Main: Peter Land GmbH, S. 11-44 [=Schriftenreihe zu den Passauer Lateinamerikagesprächen, Band 6].

Boeckh, Andreas (2006): Der „aufstrebende Gigant“ und die Bundesrepublik Deutschland: Zum Stellenwert der Außen- und Wirtschaftspolitik in den deutsch-brasilianischen Beziehungen, in: Domschke, Rainer et al. (Hrsg.): Martius-Staden-Jahrbuch Nr. 53, o.O.: o.V., S. 239-259.

Boewen, Ute (2014): Reiseführer Peru. Faszination der Gegensätze, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage, o.O.: Ute Boewen.

von Bredow, Wilfried (2006): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften [=Studienbücher Außenpolitik und Internationale Beziehungen].

Buck, Karl (2008): The Strategic Partnership between the EU, Latin America and the Caribbean – just nice words or concrete action?, in: Graf, Patricia/Stehnken, Thomas (Hrsg.): Lateinamerika. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Andreas Boeckh, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 97-111 [=Weltregionen im Wandel, Band 3].

Bührer, Werner (2007): Wirtschaftsverbände, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 290-295.

Bull, Hedley (1977): The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics, London: MacMillan.

Burgess, Sean W. (2006): Without Sticks or Carrots: Brazilian Leadership in South America During the Cardoso Era, 1992-2003, in: Bulletin of Latin American Research, 1, 25, S. 23-42.

BVerfGE (1984): Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Dezember 1984, 68, 1.

Colschen, Lars C. (2010): Deutsche Außenpolitik, Paderborn: Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG [=Grundzüge der Politikwissenschaft].

Deutsche Botschaft in Brasilia (2003): 40 Jahre Entwicklungszusammenarbeit Deutschland-Brasilien, Brasília: Deutsche Botschaft.

Deutsche Botschaft Lima (2014a): Deutsch-peruanischer Gegenwartsfonds, URL: <http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Organisationen/Gegenwartsfonds.html> (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutsche Botschaft Lima (2014b): Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit, URL: http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Nichtstaatliche_Entwicklungszusammenarbeit/Nichtstaatliche_Entwicklungszusammenarbeit.html (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutsche Botschaft Lima (2014c): Organisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, URL: http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Staatliche_Entwicklungszusammenarbeit/Organisationen_der_staatlichen_EZ/Organisationen_der_staatlichen_Entwicklungszusammenarbeit.html (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutsche Botschaft Lima (2014d): Schwerpunkt Demokratie, Zivilgesellschaft und Öffentliche Verwaltung, URL: http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Staatliche_Entwicklungszusammenarbeit/Staatliche_ez_schwerpunkt_demokratie_zivilgesellschaft_und_C3_B6v/Staatliche_ez_schwerpunkt_demokratie_zivilgesellschaft_und_C3_B6v.html (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutsche Botschaft Lima (2014e): Schwerpunkt Nachhaltige ländliche Entwicklung, Management der natürlichen Ressourcen und Klimawandel, URL: http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Staatliche_Entwicklungszusammenarbeit/Schwerpunkt_Nachhaltige_l_C3_A4ndliche_Entwicklung/Schwerpunkt_Nachhaltige_l_C3_A4ndliche_Entwicklung.html (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutsche Botschaft Lima (2014f): Schwerpunkt Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, URL: http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Staatliche_Entwicklungszusammenarbeit/Schwerpunkt_Trinkwasserversorgung_und_Abwasserentsorgung/Schwerpunkt_Trinkwasserversorgung_und_Abwasserentsorgung.html (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutsche Botschaft Lima (2014g): Staatliche Entwicklungszusammenarbeit, URL: http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Staatliche_Entwicklungszusammenarbeit/Staatliche_Entwicklungszusammenarbeit.html (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutsche Botschaft Lima (2014h): Trinkwasser- und Abwasserprogramm PROAGUA erfolgreich beendet, URL: <http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Kleinstprojekte/Proagua/Proagua.html> (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutsche Botschaft Lima (2014i): Weltwärts: der entwicklungspolitische Freiwilligendienst, URL: http://www.lima.diplo.de/Vertretung/lima/de/07/Weltw_C3_A4rts/Weltw_C3_A4rts.html (letzter Zugriff: 16.12.2014).

Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode (1998): Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Abgeordneten Dr. Elke Leonhard, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Rudolph Scharping und der Fraktion der SPD, Drucksache 13/10300, Berlin.

DIHK (2014): Statistiken zum Außenhandel, URL: <http://www.dihk.de/themenfelder/international/aussenwirtschaftspolitik-recht/umfragen-und-zahlen/statistiken-zum-aussenhandel> (letzter Zugriff: 09.12.2014).

Dutschke, Michael/Pistorius, Till (2008): Will the Future the REDD? Consistent Carbon Accounting for Land Use, in: Internationale Forestry Review, 10, 3, S. 476-484.

Ebeling, Mechthild (2012): Editorial und Jahresrückblick Peru, in: Infoperu (Hrsg.): Der monatliche Rundbrief der Informationsstelle Peru e.V., Nr. 17, 21.12.2012, URL: <http://www.infostelle-peru.de/web/wp-content/uploads/2012/12/Infoperu-No-17.pdf> (letzter Zugriff: 20.12.2014), S. 1-2.

de Echave, José (2011): La minería peruana y los escenarios de transición, in: Alayza, Alejandra/Gudynas, Eduardo (Hgg.): Trancisiones. Post extractivismo y alternativas al extractivismo en el Perú, Lima: o.V., S. 61-92.

El Peruano (2014): Avanzan una agenda de desarrollo, 15.07.2014, URL: <http://www.elperuano.com.pe/edicion/noticia-avanzan-una-agenda-desarrollo-20247.aspx#.VKFi-v-qAHA> (letzter Zugriff: 29.12.2014).

Erdmann, Gero (2007): Kirchen und NRO, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 304-312.

European Commission (2008): The Raw Materials Initiative – meeting our critical needs for growth and jobs in Europe, COM(2008) 699 final, Brüssel: Commission of the European Communities, URL: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/documents/index_en.htm (letzter Zugriff: 28.12.2014).

GIZ (2014a): Brasilien, URL: <http://www.giz.de/de/weltweit/392.html> (letzter Zugriff: 30.10.2014).

GIZ (2014b): Peru, URL: <http://www.giz.de/de/weltweit/400.html> (letzter Zugriff: 30.10.2014).

GIZ LIportal (2014): Peru. Geschichte, Staat und Politik, URL: <http://liportal.giz.de/peru/geschichte-staat/> (letzter Zugriff: 19.12.2014).

GTAI (2014a): Wirtschaftsdaten kompakt: Brasilien, Ausgabe November, URL: http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub2012112780031111_159460.pdf (letzter Zugriff: 10.12.2014).

GTAI (2014b): Wirtschaftsdaten kompakt: Peru, Ausgabe November, URL: http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub2012112880071111_159550.pdf (letzter Zugriff: 10.12.2014).

Haid, Stefan/Ludwig, Anke Marei/Rieck, Christian/Zarandi, Maik (2005): Deutsche Interessen in Lateinamerika, in: Konrad-Adenauer-Stiftung – Auslandsinformation, 8/2005, S. 22-37.

Hartmann, Jürgen (2009): Internationale Beziehungen, 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hellmann, Gunther/Ross, Ulrich (2007): Das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN Sicherheitsrat. Analyse eines Irrwegs und Skizzen eines Auswegs, Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden [=INEF Report 92/2007].

Hellmann, Gunther/Wagner, Wolfgang/Baumann, Rainer (2014): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS
[=Grundwissen Politik, Band 39].

Jäger, Thomas/Beckmann, Rasmus (2011): Die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15-43.

Karthaus, Natalja (1994): Lateinamerika als Bezugfeld der (bundes-)deutschen Außenpolitik, in: Mols, Manfred/Wagner, Christoph (Hrsg.): Deutschland – Lateinamerika. Geschichte, Gegenwart und Perspektiven, Frankfurt am Main: Vervuert Verlag.

Kasper, Sven S. (2009): Systemtheoretische Analyse des Einflusses der deutschen Wirtschaft auf die deutsche Außenpolitik, Zürich/Münster: LIT Verlag.

Kohlhepp, Gerd/Sangmeister, Hartmut (2010): Die deutsch-brasilianischen Beziehungen, Eine Einführung, in: Costa, Sérgio et al. (Hrsg.): Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur, 2. vollständig neu bearbeitete Auflage, Madrid: Iberoamericana/Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, S. 639-641 [=Bibliotheca Ibero-Americana. Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Band 134].

LAI (2014): Lateinamerika-Initiative der AHK, URL: <http://www.lateinamerika-initiative.de/> (letzter Zugriff: 27.11.2014).

Lambert, Tobias (2012): Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen. Rohstoffsicherung für Deutschland und die Europäische Union – Probleme in Kolumbien und Peru, Berlin: FDCL-Verlag.

LAV (2014): Der Lateinamerika Verein, URL: <http://www.lateinamerikaveroin.de/de/der-lav/> (letzter Zugriff: 27.11.2014).

Lohbauer, Markus (2013): Brasilien und Deutschland: sechs Jahrzehnte intensiver wirtschaftlicher Partnerschaft, in: Deutsch-Brasilianische Beziehungen, Rio de Janeiro: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 133-146 [=Cadernos Adenauer].

Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Maihold, Günther/Stiegler, Ursula (2006): Deutsche Außenpolitik und Lateinamerika. Die Notwendigkeit einer Neujustierung der Beziehungen, in: Lateinamerikaanalysen 15, 3/2006, Hamburg, S. 77-82.

Maihold, Günther (2010): Das neue Lateinamerikakonzept der Bundesregierung. Politikinnovation durch Konzeptentwicklung?, in: Ibero-Analysen, Heft 23, Oktober 2010, Berlin [=Dokumente, Berichte und Analysen aus dem Ibero-Amerikanischen Institut. Preußischer Kulturbesitz Berlin].

Messner, Dirk (2011): Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 414-442.

Misereor – Bischöfliches Hilfswerk e.V. (2013): Menschenrechtliche Probleme im peruanischen Rohstoffsektor und die deutsche Mitverantwortung, Aachen: o.V.

Mols, Manfred (1988): Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Lateinamerika: Defizite und Lösungsansätze, in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas, Band 25, Köln/Wien: Böhlau, S. 321-348.

Mols, Manfred (2007): Lateinamerika, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 545-558.

Moniz Bandeira, Luiz Alberto (1995): Das deutsche Wirtschaftswunder und die Entwicklung Brasiliens. Die Beziehungen Deutschland zu Brasilien und Lateinamerika, Frankfurt am Main: Vervuert.

Moravcsik, Andrew (1993): Introduction: Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining, in: Evans, Peter B./Jacobson, Harold K./Putnam, Robert D. (Hrsg.): Double Edged Diplomacy: International Politics and Domestic Bargaining, Berkeley: University of California Press, S. 3-42.

Mützelburg, Bernd (2006): Deutschlands Platz in der Welt – Ständig im Sicherheitsrat oder zwischen allen Stühlen?, in: Rittberger, Volker (Hg.): Weltordnung durch Weltmacht oder Weltorganisation. USA, Deutschland und die Vereinten Nationen 1945-2005, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 13-23.

Novak Talavera, Fabián (2004): Las relaciones entre el Perú y Alemania (1828-2003), Lima/Peru: Fondo Editorial de la Pontificia Universidad Católica del Perú [=Política exterior peruana].

Novak, Fabián (2012): Las relaciones entre el Perú y Europa: Los casos Alemania, España y Francia, in: Bellina, José Antonio et al. (Hrsg.): Veinte años de política exterior peruana (1991-2011). Libro homenaje por el vigésimo aniversario del Instituto de Estudios Internacionales (IDEI) de la Pontificia Universidad Católica del Perú, Lima/Peru: Fondo Editorial de la Pontificia Universidad Católica del Perú, S. 175-205.

Nuscheler, Franz (2007): Entwicklungspolitik, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 672-683.

Nye, Joseph S. (2004): Soft Power: The Means to Success in World Politics, New York: Public Affairs.

Obermaier, Martin/King, Carey/Moreira, Marcelo (2013): Internationale Kooperation zur Entwicklung nachhaltiger Biokraftstoffe – ein deutsch-brasilianisches Beispiel, in: in: Deutsch-Brasilianische Beziehungen, Rio de Janeiro: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 189-208 [=Cadernos Adenauer].

Open Aid Data (2014a): Alle Schwerpunkte in Brasilien 2011, URL: <http://www.offene-entwicklungshilfe.de/land/431/2011/> (letzter Zugriff: 30.12.2014).

Open Aid Data (2014b): Alle Schwerpunkte in Peru 2011, URL: <http://www.offene-entwicklungshilfe.de/land/454/2011/> (letzter Zugriff: 30.12.2014).

Oppermann, Kai/Höse, Alexander (2011): Die innenpolitischen Restriktionen deutscher Außenpolitik, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 44-76.

Peru-econ (2014): Deutschland fördert Entwicklung in Peru mit 200 Mio. Euro, 17. Mai 2014, URL: <http://www.peru-econ.de/8258/deutschland-fordert-entwicklung-in-peru-mit-200-mio-euro/> (letzter Zugriff: 30.12.2014).

Peru-Vision (2014): Internationale Kooperation, URL: <http://www.peru-vision.com/de/intern-kooperation> (letzter Zugriff: 22.12.2014).

Pinto-Bazurco Rittler, Ernesto (1995): Relaciones entre el Perú y la Republica Federal de Alemania, in: Agenda Internacional, Vol. 2, No. 4, S. 69-87.

Putman, Robert D. (1988): Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games, in: Internationale Organization, 42 (3), S. 427-460.

Reckordt, Michael/Schwirkus, Katharina (2013): Einseitige Beziehungen, in: Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 473, November 2013, URL: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/4618.html> (letzter Zugriff: 28.12.2014).

Rode, Reinhard (2007): Deutsche Außenwirtschaftspolitik, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 618-629.

Rösler, Peter (2004): Investitionen ausländischer Unternehmen in Lateinamerika, Brennpunkt Lateinamerika 23.

Sangmeister, Hartmut/Schönstedt, Alexa (2010): Die brasilianisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. Aus Tradition in die Zukunft: Solide Geschäfte zwischen ungleichen Partner, in: Costa, Sérgio et al. (Hrsg.): Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur, 2. vollständig neu bearbeitete Auflage, Madrid: Iberoamericana/Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, S. 655-667 [=Bibliotheca Ibero-Americana. Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Band 134].

Schirm, Stefan A. (2005): Führungsindikatoren und Erklärungsvariablen für die neue internationale Politik Brasiliens, in: Lateinamerika Analysen, 11, S. 107-130.

Scholl, Johannes/Krammenschneider, Ulrich (2010): Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Brasilien, in: Costa, Sérgio et al. (Hrsg.): Brasilien heute. Geographischer Raum, Politik, Wirtschaft, Kultur, 2. vollständig neu bearbeitete Auflage, Madrid: Iberoamericana/Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, S. 669-682 [=Bibliotheca Ibero-Americana. Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Band 134].

Schultes, Norbert (2011): Deutsche Außenwirtschaftsförderung, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 349-369.

Soares de Lima, Maria Regina/Hirst, Mônica (2006): Brazil as an Intermediate State and Regional Power: Action, Choice and Responsibilities, in: International Affairs, 82, 1, S. 21-40.

SPD/Bündnis 90/Die Grünen (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg in 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, 20.10.1998, Bonn.

Stahl, Bernhard/Lütticken, Florian (2007): Welthandelsorganisation, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 788-802.

Stamm, Andreas (2006): Entwicklungszusammenarbeit im Gesamtkontext der Deutsch-Brasilianischen Kooperation: eine Portfolioanalyse, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH [=Discussion Paper, Band 19].

Stehnken, Thomas (2007): Globalisierung und die Regierung Lula. Auf der Suche nach linker Außenpolitik, in: Lateinamerika Analysen, 17, S. 119-138.

Stormy-Mildner, Annika/Zilla, Claudia (2007): Brasilien und Biokraftstoffe. Chancen und Stolpersteine für eine engere Zusammenarbeit mit der EU und Deutschland, in: SWP-Aktuell, 60, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Vargas, Everton Vieira (2011): Brasil-Alemanha: uma parceria para ousar, in: Valor, 19. September 2011, URL: <http://www.valor.com.br/opiniao/1010328/brasil-alemanha-uma-parceria-para-ousar> (letzter Zugriff: 14.12.2014).

Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien (2008): Aktionsplan der deutsch-brasilianischen strategischen Partnerschaft,

URL:

http://www.brasil.diplo.de/Vertretung/brasilien/de/07_Aussenpolitik/Bilaterale_Vertraege/Bilaterale_Vertraege.html (letzter Zugriff: 13.12.2014).

Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien (2014a): Aktuelle Informationen über die deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen, URL: http://www.brasil.diplo.de/Vertretung/brasilien/de/08_Wirtschaft/Bilateral_Wirtschaft/Bilateral_Aktuelles.html (letzter Zugriff: 01.01.2015).

Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien (2014b): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit (EZ), URL: http://www.brasil.diplo.de/Vertretung/brasilien/de/08__Wirtschaft/Entwicklungszusammenarbeit/___Entwicklungszusammenarbeit.html (letzter Zugriff: 01.01.2015).

Volpi, Jorge (2009): América Latina no existe, in: Clarin, Revista Ñ, 23.11.2009, URL: http://edant.revistaenie.clarin.com/notas/2009/11/23/_-02045344.htm (letzter Zugriff: 05.12.2014).

Waltz, Kenneth N. (1959): Man, the State and a War. A Theoretical Analysis, New York: Columbia University Press.

Weller, Christoph (2007): Bundesministerien, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 210-223.

Werz, Nikolaus (2013): Lateinamerika. Eine politische Landeskunde, 3., vollständig aktualisierte Auflage, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Wilhelm, Andreas (2006): Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag [=Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft].

Willer, Hildegard (2013): Peru 2013: Wirtschaftswachstum, soziale Konflikte und neue Süd-Allianzen, in: Infoperu (Hrsg.): Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V., Nr. 25, 29.12.2013, URL: <http://www.infostelle-peru.de/web/wp-content/uploads/2013/12/Infoperu-25.pdf> (letzter Zugriff: 20.12.2014), S. 3-5.

Wolff, Jonas (2008): Lateinamerika als Partner? Zur deutschen Außenpolitik gegenüber einer Region im Wandel, in: HSFK Standpunkte. Beiträge zum demokratischen Frieden, Nr. 4/2008, Frankfurt.

Zilla, Claudia (2012): Lateinamerika in Perspektive: Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit und Politik, in: Wörner, Daniela Marie/Roensch, Annette (Hrsg.): (Un)abhängig?! Beziehungen zwischen Lateinamerika und der EU, Frankfurt am Main: Peter Land GmbH, S. 45-55 [=Schriftenreihe zu den Passauer Lateinamerikagesprächen, Band 6].

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

München, den 12. Januar 2015

(Laszlo Szentmarjay)